

Die Volkswacht erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis einschließlich der illustrierten Beilagen „Die neue Welt“ und „Für unsere Frauen“ monatlich 75 Pfg., vierteljährlich 2,25 Mk. einschließlich Trägerschein. In den Abbestellstellen: monatlich 80 Pfg. Durch die Post bezogen vierteljährlich 2,25 Mk. einschließlich Beistellgeld. Einzelnummer 5 Pfg.

Volkswacht

Anzeigenpreise:
Die 60spaltige Zeile 20 Pfg. für auswärts 30 Pfg., die 40spaltige Zeile 15 Pfg., die 30spaltige Zeile 10 Pfg., die 20spaltige Zeile 7 Pfg., die 10spaltige Zeile 4 Pfg. Anzeigen mit Blockbestimmung werden besonders berechnet. Bei Wiederholungen Rabatt (mit Tarif)

Organ für die werktätige Bevölkerung der Provinz Westpreußen

Redaktion und Expedition
Paradiesgasse Nr. 32

Publikations-Organ der Freien Gewerkschaften

**Beilagen: Die neue Welt, illustriertes Unterhaltungsblatt
Für unsere Frauen mit illustrierter Modenzeitung**

Telephon für Redaktion
und Expedition 3290

Nr. 40

Danzig, Sonnabend den 18. April 1914

5. Jahrgang

Die gelben Gewerkschaften — politische Vereine

Die Absicht, die freien Gewerkschaften als politische Vereine zu erklären, zwingt zur Abwehr. Wenn die „freien Gewerkschaften“ sich den beschränkenden Bestimmungen des Vereinsgesetzes unterwerfen müssen, dann müssen es die gelben Gewerkschaften erst recht. Wir empfehlen für den Fall, daß die freien Gewerkschaften in höchst richtiger Instanz als „politische Vereine“ erklärt werden, gegen die „gelben Gewerkschaften“ wegen Verletzung des Vereinsgesetzes mit Denunziationen vorzugehen. Wenn die „gelben Gewerkschaften“ ihre Statuten, die Namen und Adressen ihrer Vorstandsmitglieder nicht einreichen und Personen unter 18 Jahren als Mitglieder aufnehmen, machen sich ihre Vorstandsmitglieder strafbar, falls man in den Gewerkschaften überhaupt strafbar sieht. Eine solche Denunziation hätte entweder die Folge, die Jugendlichen von den gelben Gewerkschaften fernzuhalten oder den Beweis zu erbringen, daß die preussischen Gerichte ganz offen und ungeniert das Recht beugen. Entweder sind die freien und die gelben Gewerkschaften „politische Vereine“ oder beide sind es nicht. Die gelben Gewerkschaften unterstehen der Kontrolle des Unternehmers und stehen grundsätzlich bei allen Gegenständen zwischen Kapital und Arbeit auf der Seite des Kapitals. Nur wenige sind freiwillige Mitglieder in diesen Vereinen; die meisten finden sich darin nur, weil manche Unternehmer nur „gelbe“ Mitglieder beschäftigen. Aber die „Gelben“ sind nicht nur kapitalistenfreundlich im Wirtschaftsleben, sondern wirken gleichzeitig als politische Organisationskräfte. Schon im Jahre 1890 wurden die ersten gelben Organisationen gegründet, die reichstreuen Bergarbeitervereine in Schleien und im Mansfelder Revier. Diese Vereine stehen politisch im Dienste der freikonservativen Reichspartei, der bei den Wahlen vom Unglück verfolgten Partei des Generals v. Liebert. Die Vereine geben zwei politische freikonservative Zeitungen heraus, den „Feierabend des Arbeiters“ und den „Mansfelder Bergboten“, die bei Reichstags-, Landtags- und Kommunalwahlen für die Wahl freikonservativer Reichsparteiler eintreten. In diesen Blättern wird das rege politische Leben innerhalb der Vereine lebhaft geschildert. So ist in einem Bericht des „Feierabend“ in seiner Nummer vom 26. November 1910 über eine Verbandsversammlung der reichstreuen Bergarbeitervereine vom 20. November 1910 zu lesen:

Ganz besonders interessant gestaltete sich die Besprechung über die Stellungnahme zu den nächsten Reichstagswahlen. Der aus Berlin (als möglicher Kandidat) erschienene, in der nationalen Arbeiterbewegung außerordentlich eifrige und erfahrene Baron von Reibnitz hielt einen längeren Vortrag, in dem er sein Programm entwickelte. . . . Verschiedene andere Redner erwähnten die Kameraden, schon jetzt in den Vereinen auf die kommenden Wahlen hinzuwirken, damit nicht erst im letzten Augenblick, also zu spät, die Wahlarbeit einsetzt.

Diesem politischen Verein gehören zahlreiche Personen im Alter von 14 bis 18 Jahren an! In Nr. 29 des „Mansfelder Bergboten“ erschien für die Landtagswahl im Jahre 1911 der Wahlauftrag für den konservativen Kandidaten von Haffel. Der Wahlauftrag war von den Leitern der reichstreuen Vereine mitunterzeichnet. Ebenfalls politische und zwar nationalliberale Vereine sind die gelben Werkvereine in Rheinland-Westfalen, sowie im Saargebiet. Und zwar haben hier die Vereine eine rege Tätigkeit für die Wahl der nationalliberalen Kandidaten bei den Gemeindevahlen entfaltet. Dem „Werkverein“ in Essen, dem Blatt der Gelben, entnehmen wir hierfür folgende Beispiele:

1. Der Werkverein der Zeche Karl Funke beschloß in seiner Versammlung am 16. November 1913 selbständiges Vorgehen bei der bevorstehenden Gemeindevahlenwahl und stellte die Kandidaten auf.
2. Im Werkverein der Zeche Rosenblumenbelle-Humboldt hielt in der Versammlung am 16. November 1913 ein Herr Bost eine Rede zur bevorstehenden Stadtverordnetenwahl und erwähnte zur tröstlichen Unterstützung des Kandidaten des Werkvereins.
3. Der Werkverein der Zeche „Frei Vogel und Unverhofft“ hatte am 20. Oktober 1913 eine Versammlung, die zur bevorstehenden Gemeindevahlenwahl Stellung nahm. Am 29. November 1913 konnte die Vereinsleitung folgende Meldung veröffentlichen: „Bei der Gemeindevahlenwahl am 17. d. M., an der sich unser Verein zum ersten Male beteiligte, haben wir gezeigt, daß Disziplin in unserem Verein herrscht. Wir haben 119 Stimmen, die Sozialdemokraten dagegen nur 146 abgegeben.“

Genau so machen es die „gelben Gewerkschaften“ im übrigen Deutschland. Ueber ihre politische Tätigkeit bei Kommunalwahlen berichtet der „Werkverein“ in Essen in Nr. 12 vom Jahre 1914:

In Weiswasser (D.S.) wurde der zweite Vorsitzende des vaterländischen Arbeitervereins mit 779 Stimmen in die Gemeinderatsvertretung gewählt; der Genosse erhielt 431 Stimmen.

Ähnliche gute Erfolge hatten die Mitglieder des Werkvereins Thale aufzuweisen. Ihr Kandidat siegte in Reinstedt in der zweiten Abteilung mit 65 gegen 5 rote Stimmen, und in der dritten Abteilung mit 148 gegen 38 sozialdemokratische Stimmen.

Der „Werkverein“ hat selbst vorwiegend politischen Inhalt. Aus seinen Berichten geht hervor, daß die gelben Werkvereine des Industriebezirks sich in ihren Versammlungen meist mit Politik befassen. Nur einige Mitteilungen aus der letzten Zeit seien darüber dem genannten Blatte entnommen:

Zeche Wolsbänk und Neumühl: Am 7. Februar 1914 hielt der Vorsitzende Cowitz einen Vortrag über die sozialdemokratische Partei.

Bezirksverband Dortmund-Hamm fasste am 22. Februar 1914 den Beschluß, gegen die „rote Woche“ der Sozialdemokratie Front zu machen.

Zeche De Wendel: Die Versammlung am 1. März 1914 beschloß sich mit der Sozialdemokratie und deren roter Woche.

Zeche Dorstfeld hatte am 8. März Versammlung. Hier berichtete der erste Vorsitzende Schulte von der roten Woche der sozialdemokratischen Partei und empfahl Gegenmaßnahmen.

Werkverein Phönix, Dortmund, befaßte sich in zwei Versammlungen mit der gleichen Sache, am 6. und am 13. März 1914. Das erste Mal referierte der Vorsitzende und ein Herr Werner, das zweite Mal der zweite Vorsitzende.

Werkverein Union-Dortmund ging noch gründlicher zu Werke. Hier sprach in zwei Versammlungen — am 26. Februar und am 28. März 1914 — der erste Vorsitzende Werner über die rote Woche und die Sozialdemokratie. In einer dritten Versammlung des Vereins am 19. März hielt ein Kaufmann Paul Hoffmann einen Vortrag über die rote Woche, sowie über die Lehren von Marx und Engels.

Es wurden weiter politische Reden gehalten in den Versammlungen der Werkvereine:

Gute Hoffnungshütte, wo am 29. März der Leiter des Jugendbundes Kirchner sprach, auf

Zeche Sölger Neuad, wo der Sozialsekretär Schulte am 29. März referierte, und auf

Zeche Zollverein, wo am 29. März Steiger Lagemann vor jugendlichen Bergarbeitern einen politischen Vortrag hielt.

Welche furchtbare Strafe wird der Verantwortliche der Versammlung vom 29. März dafür bekommen, daß er duldet, daß Herr Steiger Lagemann vor Jugendlichen einen politischen Vortrag hielt?

Im „Werkverein“, dem Verbandsblatt, stehen Artikel über alle Fragen der Politik des In- und Auslandes, über die Gesetzgebung und über Parteiführer. Nicht nur gegen sozialdemokratische, sondern auch gegen Zentrumsblätter entfaltet der „Werkverein“ eine lebhafteste politische Polemik. Die beim Militär dienenden Vereinsmitglieder erhalten das Blatt unentgeltlich in der Kaserne. Alle gelben Werkvereine in Rheinland-Westfalen sowie im Saargebiet nehmen Jugendliche unter 18 Jahren als Mitglieder auf.

Es geht also nicht an, die freien Gewerkschaften als politisch zu erklären und die christlichen sowie insbesondere die gelben nicht. Würden die Richter nur die freien Gewerkschaften für politisch erklären, die „gelben“ nicht, so wären die Richter von der Regierung durch die Aussicht auf eine bessere Stellung bestochen. Aber die preussischen Richter im schlimmsten Falle unbewußt einem sich als objektive Klassenjustiz darstellenden Irrtum verfallen und nie absichtlich parteiisch handeln, wird die etwaige Erklärung der freien Gewerkschaften zu „politischen Vereinen“ die Folge haben, daß auch die „gelben Gewerkschaften“ Personen unter 18 Jahren nicht mehr als Mitglieder aufnehmen dürften.

Der Kampf um die Einfuhrscheine

Die Berliner Politischen Nachrichten kommen auf die Verhandlungen in der Petitionskommission über die Einfuhrscheine zurück und betonen, daß sich dort der Vertreter der Regierung gegen eine Beseitigung dieses Systems ausgesprochen hat. Auch der Staatssekretär des Innern habe den gleichen Standpunkt im Plenum des Reichstags vertreten und ferner betont, daß das Einfuhrscheinsystem lediglich den Zweck habe, dem Produzenten die Möglichkeit zu geben, sein Getreide auf dem billigsten Wege da zum Verkauf anzubieten, wo es gebraucht wird — was vor der Aufhebung des Identitätsnachweises, als der landwirtschaftliche Produzent lediglich auf den inneren, besonders auf den Berliner Markt angewiesen war, nicht der Fall sein konnte — und daß daher durch das System der Einfuhrscheine ein durchaus einwandfreier wirtschaftlicher Grundlag zur Geltung gebracht sei.

Die Energie, mit der die Agrarier die Beibehaltung der Einfuhrscheine verteidigen, offenbart aufs neue, welchen Vorteil sie von dieser Einrichtung haben, die ihnen gestattet, überflüssige Getreidemengen ins Ausland abzuführen und dadurch den Preisdruck im Inlande zu verhindern und obendrein noch den Extragewinn der Ausfuhrprämie einzustreichen.

Die konservative Korrespondenz z. B. schreibt:

„Die Frage (des russischen Getreidezolls) erhält aber einen peinlichen Beigeschmack, wenn sie mit der Forderung verknüpft wird, daß Deutschland keine „Ausfuhrprämien“, mit anderen Worten das ganze System der Einfuhrscheine preisgeben. Auf diesen Effekt wird, wie von den beteiligten Interessenten und in der Duma offen zugegeben wird, hingearbeitet. Es muß aber als ausgeschlossen gelten, daß man auf deutscher Seite zu einem Aufbruch auf der Grundlage sich hergibt: deutsche Einfuhrscheine gegen russische Getreidezölle. Wenn die Rechtsfragen klargestellt sind, und Rußland seine Zölle vermindert, so würde unter Handelsverehr allerdings eine empfindliche Einbuße eintreten; um eine solche Schlappe abzuwenden, können wir aber nicht auf eine aus unseren Produktionsverhältnissen erwachsene Handhabe, den Ueberschuß an deutschen Bodenerzeugnissen ins Ausland zu versenden, verzichten. Durch Beseitigung der Einfuhrscheine würde eine Ausfuhr von Getreide und Mehl nach Rußland nicht mehr möglich sein, gleichzeitig aber würde der Absatz auch nach anderen Ländern lahmgelegt werden. Die deutsche Roggenproduktion ist infolge der erstaunlichen Betriebsamkeit der deutschen Landwirte über unseren eigenen Bedarf, falls die Ernteverhältnisse günstig sind, weit hinausgewachsen. Dieser sogenannte Prämienertrag könnte, von Rußland zurückgewiesen, folgerichtig den bisher teilweise von Rußland versorgten nördlichen Ländern und England sich zuwenden, und dort die russische Ware verdrängen. Nach Einführung russischer Getreidezölle wird die Aufrechterhaltung des Einfuhrscheinsystems erst recht eine Notwendigkeit sein.“

Die agrarische Deutsche Volkswirtschaftliche Korrespondenz spinnt natürlich denselben Faden: Der russische Zoll erschweize den Gegnern der herrschenden Agrarpolitik als willkommene Porole,

„zum Sturz auf die Stützpfeiler der deutschen Landwirtschaft zu klopfen. Hierher gehören auch die Einfuhrscheine, deren Moderation gehoten sein mag, die aber nationalwirtschaftlich unentbehrlich sind, weil sie ein Abzugsventil für die Ueberschüsse der landwirtschaftlichen Produktion über den inländischen Bedarf offenhalten.“

Man merkt an diesem Eifer die Sorge um den in Gefahr schwebenden Profit der Einfuhrscheine. Die deutschen Brotkonsumenten würden eine wesentliche Erleichterung erfahren, sobald die „Ueberschüsse der landwirtschaftlichen Produktion“ im Lande blieben, aber das stünde ja mit dem Prinzip des Brotwuchers im Widerspruch und daher der Aufruf im agrarischen Lager.

Der mecklenburgische Minister und die Verfassungsfrage

Die konservative Presse hat sich höchlichst entrüstet über den Minister Dr. Wosart, weil dieser großherzogliche Staatsminister aus Mecklenburg-Strelitz einem Mitarbeiter des Berliner Tageblatts sein Herz ausgeschüttet hatte und für eine Verfassungsrevision — unter Umständen sogar mit Hilfe der Sozialdemokratie — eingetreten war. Die Blätter verlangten, daß Wosart den Wortlaut des Gesprächs, wie im Berliner Tageblatt wiedergegeben war, bestreite. Und natürlich fügte sich der eingeschüchterte Minister prompt. Am Donnerstag brachte die Landeszeitung für beide „Mecklenburg“ folgende Erklärung:

„Der betreffende Vertreter des Blattes (des Berliner Tageblattes) hat vor einigen Tagen den Minister „in einer wichtigen Angelegenheit“ um eine Unterredung gebeten, die ihm, da der Zweck seiner Bitte nicht erkennbar war, auch gewährt wurde. Hierbei richtete er die Frage an den Minister, ob der Regierung in der mecklenburgischen Verfassungsangelegenheit eine Unterstützung durch die Presse erwünscht sei. Der Minister bejahte diese Frage unter Hinweis darauf, daß die Regierungen das Zustandekommen der Reform wiederholt als Staatsnotwendigkeit bezeichnet hätten, fügte aber ausdrücklich hinzu, daß gerade die liberale Presse der Sache am besten dadurch dienen würde, daß sie ihre übertriebenen Forderungen einschränke. Wünschenswert sei, wie das allgemeine, gleiche, direkte Wahlrecht seinen selbstverständlichen Unerfüllbar und könnten daher nur schaden, da ein Ausbau der Verfassung nur auf der historisch gewordenen Grundlage möglich sei. — Die weiteren Äußerungen des Ministers sind in dem betreffenden Artikel teils direkt unrichtig wiedergegeben, teils tendenziös zugeflickt, das gilt insbesondere für die Ausführungen über die Frage der Einmischung des Reiches in die mecklenburgische Verfassungsangelegenheit und bezüglich der weiteren Behauptung, daß der Minister der liberalen Presse für ihre bisherige dankenswerte Unterstützung in der Verfassungsfrage ein besonderes Lob ausgesprochen habe.“

Diese letztere Behauptung ist frei erfunden, und was die Frage der Einmischung des Reiches anbelangt, so ist von dem Minister betont worden, daß er die Weigerung des Bundesrats, sich durch Erweiterung der Reichskompetenz in die einzelstaatlichen Verfassungsverhältnisse einzumischen, schon mit Rücksicht auf den Anstoß gegen die preussische Verfassung für durchaus begreiflich und berechtigt halte. Die ganze Unterhaltung ist vom Minister als eine rein persönliche und nicht für die Öffentlichkeit bestimmte angesehen worden. Eine Bitte, den Inhalt der Unterredung veröffentlicht zu dürfen, ist nicht gestellt, auch ist eine Genehmigung seitens des Ministers dazu nicht erteilt worden.“

Nun war es, als stiele den Blättern ein Stein vom Herzen, daß ein mecklenburgischer Minister nicht an den Reichstag, nicht an die Liberalen oder sogar an die Sozialdemokraten appellieren will, um verfassungsmäßige Zustände in Mecklenburg herbeizuführen. Aber so ganz ungetrübt bleibt die Freude der Verfassungsfeinde nicht. Der Mitarbeiter des Berliner Tageblatts, ein Dr. Sellin in Neustrelitz, erklärte seinem Blatte, daß er für die Richtigkeit seines Berichtes eintrete. Er habe am Freitag als Vertreter des Berliner Tageblatts die Unterredung nachgesucht und sei aufgefordert worden, am Sonnabend den Minister zu besuchen. Im Hinblick auf die sogenannte Richtigstellung in der Mecklenburgischen Landeszeitung erklärte er:

„Ich halte den Inhalt der Unterredung Wort für Wort aufrecht. Aus Gründen der Disziplin halte ich bei der Wiedergabe verschwiegenes festgelassen. Ich habe jedoch bei Gelegenheit Dr. Sellin vorgesprochen, der mir sagte, die „Richtigstellung“ sei nicht amtlich, wenn es ihm durch begreiflicherweise petitiell ist, Gegenstand einer Zeitungsnotiz zu sein.“

Nun haben die Berichtigungsfabrikanten wieder das Wort.

Politische Uebersicht

Deutschland

Berlin, 17. April. Die Konferenz der Versicherungsämter Groß-Berlins zur Beratung der Frage einer event. nachträglichen Errichtung von Landfrankenstellen für Dienstboten findet dem Vorkalender zufolge im Oberverwaltungsamt statt.

— Die Budgetkommission des Reichstags hat die Verabschiedung des Etats für Kamerun ausgelehrt, bis das amtliche Material über die Verhandlungen mit den Duala, die enteignet werden sollen, beigebracht ist. Die Regierung will nun der Budgetkommission Ende April eine Denkschrift zugehen lassen, die Klärung über die strittigen Punkte bringen soll.

— Der Unterdrückungsfeldzug gegen die Gewerkschaften. Die Ostsee-Zeitung konnte bereits vor einiger Zeit melden, daß die Politisch-Erklärung der gewerkschaftlichen Zentralverände nicht nur Jagows Werk, sondern ein Akt preussischer Regierungsweltweisheit sei. Jetzt wird dem Blatt wieder von zuverlässiger Seite aus München gebracht, daß im ganzen Reich in der gleichen Weise gegen die Gewerkschaften vorgegangen werden soll. Es schweben zwischen mehreren Bundesstaaten Verhandlungen, um auf Grund der letzten gerichtlichen Urteilsfeststellung über den politischen Charakter des Bergarbeiterverbandes nach dem preussischen Vorbild die Stellung der freien Gewerkschaften unter das Reichsvereinsgesetz herbeizuführen. Schon in aller Kürze wird, sobald der Einspruch der Berliner Gewerkschaften gegen die polizeiliche Verfügung des Herrn v. Jagow seine Erledigung gefunden haben wird, auch in den außerpreussischen Bundesstaaten die Behandlung der freien Gewerkschaften als politische Vereine in Kraft treten.

Also auch außerhalb Preußens unterdrückt man, dem Kapitalismus dienend, die Gewerkschaften, die wichtigsten Waffen des Proletariats, bei seiner Verteidigung gegen maßlose Ausbeutung.

Schweden

— Die Wahlen. Nach den bis Donnerstag Mitternacht vorliegenden Ergebnissen wurden bisher für die zweite Kammer gewählt: 61 Konservativen, 25 Liberale, 40 Sozialisten. Die Rechte gewinnt 15 und verliert einen, die Sozialisten gewinnen 9 und verlieren 3, die Liberalen verlieren 20 Sitze. Von den früheren Liberalen wurden Minister Schotte und Petron wieder gewählt.

Nach dem bisherigen Resultat nimmt die Zahl der liberalen Mandate um 20 ab, während die der Konservativen um 14 und die der Sozialisten um 6 steigt. Bisher hat die Linke (Liberalen und Sozialisten) zusammen 65 Mandate, die Rechte 61. Vorläufig haben also die Konservativen noch keine Mehrheit.

Vom Parteitag der Unabhängigen Arbeiterpartei

Die „Unabhängige Arbeiterpartei“ in England ist bekanntlich nur eine Gruppe der Arbeiterpartei, während die „Britische Sozialistische Partei“ der Arbeiterpartei nicht angeschlossen ist. Da vermutlich jetzt die „Britische Sozialistische Partei“ der „Arbeiterpartei“ beitreten wird, scheint eine Einigung der gesamten englischen Arbeiterbewegung jetzt sicher zu sein.

Wie wir gemeldet hatten, fand der Parteitag der Unabhängigen Arbeiterpartei zu Ostern in Bradford statt. Aus dem Verhandlungsbericht des Vorwärts teilen wir mit:

Der wichtigste Teil der Arbeiten des Parteitages war die von allen ersehnte Debatte über die Parteitaktik, für die der ganze Nachmittag bestimmt war. Die Debatte hatte als Grundlage den Bericht der sieben Parlamentsmitglieder der Unabhängigen Arbeiterpartei, von dem wir in dem Vorbericht schon Auszüge gegeben haben. Die allgemeine Presse war von dieser Sitzung ausgeschlossen. Nur die Vertreter der Parteipresse des In- und Auslandes wurden zugelassen, von denen man natürlich erwartete, daß sie die nicht für die Öffentlichkeit bestimmten Dinge nicht an die große Glocke hängen. Auf früheren Parteitagen trug die Debatte über Parteitaktik stets einen unnatürlichen Charakter. Ein Merkmal der Genossen von der Unabhängigen Arbeiterpartei ist, daß sie ihrer Partei immer sehr loyal sind. Bei Anwesenheit der bürgerlichen Presse wagte es daher niemand, sich frisch und frei auszupressen, da man niemals wußte, wie die Gegner die Kritik entstellen und zum Schaden der Partei ausnützen würden. Diesmal konnte ein jeder ohne Furcht sein Herz ausschütten, und von der Gelegenheit wurde weidlich Gebrauch gemacht. Die Kritik hatte sehr wenig mit dem Bericht der Parlamentarier zu tun. Es handelte sich hauptsächlich um zwei Fragen. Die erste war das Verhältniß von dem bevorstehenden Wahlbündnis zwischen Arbeiterpartei und Liberalismus. Durch die Rede Asquiths in Ladbroke, in der dieser erklärte, daß zwischen den Parteien der Linken wenig Unterschied bestehe, und daß diese sich deshalb gegen die Reaktion fest zusammenschließen müßten, war dem Gerücht neue Nahrung zugeführt worden. Dazu kam, daß die liberale Presse ein derartiges Bündnis in der letzten Zeit fast täglich lebhaft befürwortet. Alles dies hatte in den Reihen der Unabhängigen

Arbeiterpartei große Beunruhigung hervorgerufen, die auf dem Parteitag deutlich zum Ausdruck kam. Die zweite Frage war die allgemeine Haltung der parlamentarischen Fraktion, der nachgesagt wurde, daß sie sich mehr für die liberale Politik als für ihre eigene interessiere.

Was zunächst das Bündnis mit den Liberalen anlangt, das geschlossen werden soll, wie es heißt, um gemeinschaftlich mit den Liberalen nach der Parlamentsauflösung die Konservativen im Wahlkampf zu besiegen, in dem die Kammerfrage die Hauptfrage sein würde, so wurde von mehr als einem angesehenen Parteigenossen erklärt, daß er der Partei den Rücken kehren werde, sollte ein derartiges Bündnis zustande kommen. Groß war daher die Erleichterung, als Macdonald klipp und klar versicherte, daß von einem Bündnis oder einem Einverständnis oder einer Abmachung — wie man das Ding auch nennen wolle — mit den Liberalen oder irgend einer anderen Partei nicht die Rede sein könne; er selbst habe den Liberalen im Parlament genau dieselbe Erklärung abgegeben. Andere meinten dagegen, daß die Haltung der Fraktion im Parlament, selbst wenn kein Bündnis oder Einverständnis mit den Liberalen bestehe oder in Aussicht genommen sei, die Meinung auskommen lasse, daß in Wirklichkeit ein Bündnis bestehe. Man führte die Abstimmungsaffären an, aus denen hervorging, daß sich die Mitglieder der Arbeiterpartei stärker für die liberalen Vorlagen als für die Abtragen und Resolutionen ihrer eigenen Partei ins Zeug legen. Geheimnisse über die Beziehungen der Fraktion zu der liberalen Parteileitung wurden enthüllt, die beweisen sollten, daß die Arbeiterpartei nur der getreue Hausknecht der Liberalen sei. Wir können wir die Liberalen draußen angreifen, meinte ein Redner, wenn wir im Parlament Hand in Hand mit ihnen gehen und wenn unsere Fraktion nur von der einen Sorge geplagt wird, die liberale Partei am Ruder zu halten? Unsere Politik im Parlament muß mit unseren Reden im Lande in Einklang gebracht werden. Wie kann die sozialistische Unabhängige Arbeiterpartei die Politik der Arbeiterpartei, von der sie ein Teil ist, verteidigen? Ist es ein Wunder, daß die Unabhängige Arbeiterpartei keine neuen Mitglieder gewinnt? Im Parlament reden die Minister von den Arbeiterparteilern, als gehörten sie zur liberalen Partei. Was sollen die Arbeiter, und namentlich die konservativen Arbeiter, die wir für eine unabhängige Arbeiterpartei gewinnen wollen, dazu sagen? Was hat uns diese liberale Knechtschaft eingetragen? Nichts. Wenn doch die Fraktion als Entgelt für die Unterstützung der Regierung einen bestimmten Preis verlangte, dann ließe sich diese Politik noch verstehen. Sie verfolgt offenbar nicht sozialistische Ziele, sondern eine nebelhafte Sozialreform. Aber auch dann wäre es viel gescheiter, wir schlossen uns der liberalen Partei definitiv an; denn als Mitglieder könnten wir sie weit fruchtbarer beeinflussen denn als Außenstehende. Doch mit der liberalen Partei, die unsere einfachsten Forderungen unerfüllt läßt, die auf streikende Arbeiter schießen läßt, die das schmachvolle Bündnis mit dem Sozialismus geschlossen, die mit den schlimmsten Hezern im Welttrüsten rivalisiert, können wir nie und nimmer ein Bündnis schließen. Unsere Parlamentarier nützen das Parlament nicht ordentlich aus. Sie sollten es mehr als Tribüne benutzen, von der aus sie zum Volke reden. Weshalb gibt man uns nicht mehr Reden von der Sorte, die Philipp Snowden umlängst hielt, als er die Rüstungsheer an den Pranger stellte? Dieser Art waren die Argumente der Kritiker. Ihnen

Die Götter dürsten

Roman aus der französischen Revolution von Anatole France

14)

„Sie können sie nicht kennen, da Sie keinen Glauben haben. Der Glaube allein lehrt uns, was die Natur ist, inwiefern sie gut ist und wie sie verderbt wurde. Uebrigens glauben Sie nicht, daß ich Ihnen antworte und Ihre Irrtümer widerlege. Gott gab mir dazu weder die Lust der Sprache noch die Kraft des Geistes; und ich würde mir belangen, daß ich Ihnen durch meine Unzulänglichkeit Anlaß zu Fälschungen und zu Verleumdungen gäbe; und wenn ich lebhaft wünschte, Ihnen dienlich zu sein, so könnte ich Ihnen in meiner unbedeutenden Nächstenliebe nichts bieten als ...“

Seine Worte unterbrach ein lautes Geächze an der Spitze der Reihe, das Signal für all diese Hungerigen, daß die Bäckerei geöffnet wurde. Langsam, ganz langsam rückte man weiter. Ein diensttuender Gardist ließ die Käufer einzeln hinein. Zwei Häftlingsmänner, eine Trübsal, am linken Arm, halfen dem Bäcker, seiner Frau und seinem Gehilfen beim Brotverkauf und pöhlten auf, ob die Käufer auch zum Bezirk gehörten und ob jeder nur soviel bekam, als er Ränder zu verbergen hatte.

Der Bürger Brotteaux sah in dem Streben nach Luft den einzigen Lebensweg. Versand und Sinne, die einzigen Richter, wenn es keine Fälscher gab, konnten nach seiner Meinung kein anderes Ziel erraten. In den Reden des Meisters lag ihm zu viel Fanatismus und in denen des Rönchs zu viel Eufel, als daß er sich Vergnügen daran gefunden hätte und so lag dieser Weltweise denn, um unter den obwaltenden Umständen nach seiner Lehre zu handeln und sich das lange Warten zu verkürzen, aus der weit offenen Tasche seines braunen Rocks den Futterlappen hervor, der sein liebtes Vergnügen und seine wahre Befriedigung bildete. Der rote Karoquinsband war abgehoben und das Wappen darauf hatte der Bürger Brotteaux Mühsal ausgezogen: die drei goldenen Rauten, die sein Vater, der Goldschmied, sich einst mit flingender Münze erworben hatte.

Er schlug das Buch an der Stelle auf, wo der Dichter philosophisch, um die Menschen von den ersten Qualen der Liebe zu heilen, eine Frau in der Obhut ihrer Wägen und in einem Fackelbande belagert, der alle Sinne eines Liebhabers verlegen wurde. Der Bürger Brotteaux las diese Verse, blühte dabei über auf das goldene Rautenband des hübschen Mädchens das vor ihm stand und lag wohlthätig den feuchten Duft ihrer Haut am. Der Dichter Lukrez behag nur eine Weisheit, der Bürger Brotteaux aber mehrere.

Im Stillen rückte er alle Viertelstunden zwei Schritte vor. Sein Ohr, von den ersten, wechselnden Abgüssen der lateinischen Muse erfüllt, hörte nichts mehr von dem Gemurmel der Weiber über die Verreinerung von Brot, Zucker, Kaffee, Kirschen und Zette. So gelangte er beikeren Sinnes bis

an die Schwelle des Bäckereiladens. Evarist Gamelin sah über seinen Kopf weg den vergoldeten Strauß auf dem Eisengitter der Treppe.

Endlich gelangte er in den Laden. Körbe und Kisten waren leer; der Bäcker gab ihm das einzige, noch übrige Brot. Evarist zahlte und das Gitter ward hinter ihm geschlossen, damit das Volk den Laden nicht stürmte. Aber das war nicht zu befürchten, denn all diese armen Leute, denen ihre alten Bedrücker und neuen Befreier Gehorsam beigebracht hatten, gingen kopfschüttelnd und mit schleppenden Schritten von dannen.

An der nächsten Straßenecke sah Gamelin auf einem Pflasterstein die Bürgerin Dumontel sitzen, ihren Säugling im Arme. Sie starrte regungslos, bleich und tränenlos vor sich hin. Das Kind lag gierig an ihrem Finger. Einen Moment blieb Gamelin ungeschlüssig und schüchtern vor ihr stehen. Sie schien ihn nicht zu sehen.

Er stammelte ein paar Worte; dann zog er sein Messer aus der Tasche, einen Hirschfänger mit Horngriff, schnitt sein Brot mitten durch und legte die Hälfte in den Schoß der jungen Mutter, die erstaunt dankte. Doch er war schon um die Ecke gebogen.

Als er heimkehrte, fand er seine Mutter am Fenster stehend und Strümpfe knöpfend. Er legte ihr fröhlich sein halbes Brot in die Hand.

„Sei nicht böse, Mutter,“ sagte er. „Bei dem langen Herumstreifen und der drückenden Hitze da draußen habe ich auf dem Heimweg mein halbes Brot Stück für Stück aufgegessen. Es ist kaum die Hälfte für dich übrig geblieben.“

Und er tat als klappte er sich die Brotkrumen von der Weste.

Siebentes Kapitel.

Wie die Bürgerin Gamelin es mit einer sehr alten Redensart ausgedrückt hatte: „Von diesen Kastanienessen werden wir schließlich zu Kastanien,“ so hatte sie heute, am 13. Juli, mit ihrem Sohne eine Kastanienbrühe zu Mittag verpeist. Kaum war diese färgliche Mahlzeit beendet, als eine Dame eintrat, die das Atelier alsbald mit ihrem Glanz und mit dem Duft ihrer Parfüms erfüllte. Evarist erkannte die Bürgerin Rochemaure. In dem Glauben, sie hätte sich in die Tür geirrt und suchte den Bürger Brotteaux, ihren einzigen Freund, wollte er ihr schon die Dachkammer des früheren Aristokraten zeigen oder Brotteaux rufen, um der eleganten Dame das hinaufklettern auf die hohe Holzleiter zu ersparen. Doch ihr Besuch schien zunächst dem Bürger Evarist Gamelin zu gelten; denn sie drückte ihre Freude aus, ihn zu treffen und ihm ihre Aufwartung zu machen.

Sie waren einander nicht ganz unbekannt. Sie hatten sich mehrfach in dem Atelier von David, auf einer Tribüne der Nationalversammlung, bei den Jakobinern und bei dem Restaurator Benua getroffen, und er war ihr durch seine Schön-

heit, seine Jugend und sein anziehendes Aussehen aufgefallen.

Ihr Hut war mit Bändern geschmückt, wie eine Lockenfrisur aus der alten Zeit, und mit einer Feder versehen, wie der Hut eines Abgeordneten. Sie trug eine Perücke, war geschminkt, parfümiert und hatte Schönheitspflasterchen auf der durch so viele Kunstmittel noch frisch erscheinenden Haut. Diese starken Toilettenkünste verrieten die fiebernde Lebenshaft jener schrecklichen Tage mit ihrem ungewissen Morgen. Ihre blutrote Taille mit großen Aufschlägen und weiten Schößen blühte von riesigen Stahlknöpfen. Ihre ganze Erscheinung war halb aristokratisch, halb jakobinerisch und man wußte nicht recht, ob sie die Farben der Opfer oder die der Henker trug. Ein junger Soldat, ein Dragoner, begleitete sie.

Einen hohen Stock mit Perlmuttergriff in der Hand, statfisch, schön und umfangreich, mit hochherzig geschwelter Brust, schritt sie rund um das ganze Atelier, hielt sich das goldene Doppellorgnon vor die grauen Augen und betrachtete alle Bilder des Meisters. Sie lächelte, tat Ausrufe, von der Schönheit des Künstlers bezaubert und schmeichelte, um Schmeicheleien zu hören.

„Was ist das für ein edles und rührendes Bild?“ fragte die Bürgerin Rochemaure. „Eine schöne, sanfte Frau am Bett eines kranken Jünglings?“

Gamelin erwiderte, das sei Elektra, die ihren Bruder Drestes pflegte. Hätte er das Bild vollenden können, so wäre es vielleicht nicht sein schlechtestes geworden.

„Der Gegenstand,“ erklärte er, „stammt aus dem „Drestes“ des Euripides. In einer alten Uebersetzung dieser Tragödie las ich eine Szene, die mich packte und mit Bewunderung erfüllte. Die junge Elektra richtet ihren Bruder auf seinem Schmerzenslager empor, wäscht ihm den Schaum vom Munde, streicht ihm die Haare aus der Stirn, die seine Augen verdunkeln, und bittet den geliebten Bruder, auf ihre Worte zu hören, so lange die Furien schweigen. ... Immer wieder las ich diese Uebersetzung. Mir war, als verhüllte ein Nebel mir die griechischen Formen und ich konnte ihn nicht verschreiben. Den Urtext hielt ich für nervig und von anderem Rhythmus. Ich wollte durchaus eine genaue Vorstellung davon haben und bat Herrn Bail, der damals (es war 91) am College de France Griechisch lehrte, mir die Szene Wort für Wort zu übersetzen. Er tat es, und da merkte ich, daß die alten Texte viel einfacher und familiärer sind, als man denkt. So sagt Elektra zu Drestes: „Teurer Bruder, wie froh bin ich, daß du Schlaf findest. Soll ich dich aufrichten helfen?“ Und Drestes: „Ja, hilf mir, richte mich empor und wische mir die Reste von Schaum fort, die mir an Augen und Mund kleben. Drücke deinen Busen gegen meine Brust und streiche mir das wirre Haar aus dem Gesicht, denn es verdunkelt mir den Blick.“ ... Erfüllt von dieser jugendfrischen Poesie, diesen starken, naiven Ausdrücken, entwarf ich das Bild, das Sie vor sich sehen, Bürgerin.“

(Fortsetzung folgt.)

Danziger Nachrichten

Auf schiefer Bahn.

1. Der 21 Jahre alte Kellner Nidel aus Osterode ist schon mehrfach bestraft. Vor zwei Monaten verurteilte ihn das Königsberger Gericht zu vier Jahren Zuchthaus. Er hatte sich in ein Hotel eingeschlichen, unter dem Bett versteckt und dann den schlafenden Hotelgast bestohlen. Für diese Tat erhielt N. die obengenannte Strafe. In Danzig versuchte er zweimal den gleichen Trick. Im ersten Falle wurde der Eingekerkerte unter dem Bett bemerkt und mußte hervorkommen. Nachdem er dem Gast sein Geld geschliffert hatte, führte dieser ihn auf die Straße und schenkte ihm noch obendrein drei Mark. Einige Tage später wurde er beim zweiten Versuch verhaftet. Der Angeklagte gibt den letzten Fall zu, leugnet aber ganz entschieden den ersten Versuch. Er sagte, es gäbe noch mehr Spießbuben. Das Gericht sah in beiden Fällen die Schuld des Angeklagten als erwiesen an und verurteilte ihn zu einer Zuchthausstrafe von einem Jahr und sechs Monaten Zuchthaus. Ferner wurde auf drei Jahre Ehrverlust und auf Zulässigkeit von Polizeiaufsicht erkannt.

Ein Triumph des Vereins Frauenwohl.

In der am 16. April wieder in der Aula des städtischen Gymnasiums abgehaltenen Generalversammlung des Damenvereins Frauenwohl wurde auch ein Sieg bei den Wahlen für die Allgemeine Ortskrankenkasse verkündet. Die Vorsitzende hob hervor, daß es im Anschluß an befreundete Frauenvereine und mit Hilfe von Helfarbeiterinnen gelungen sei, Frauen aus den Kreisen der Arbeitnehmer in den Vorstand zu bringen. Sie schwieg zunächst wohlweislich darüber, weshalb man diesen Versuch nicht auch bei den — Arbeitgeberinnen gemacht habe. Ferner erwähnte die unpolitische Dame durchaus, daß dieser „Sieg“ durch ein Bündnis mit den frauenrechtsfeindlichen Zentrumschwarzen und die nichtsahnendste Schwindelhege gegen die Sozialdemokratie erlangt wurde. Mit keinem Wort gedachte sie der praktischen Arbeit, die die Kandidaten des Vereins, die Damen Meier und Eberlein, im Interesse der Frauen im Vorstand der Kasse leisten.

Wir verstehen diese siegreiche Verschwiegenheit. Die einzige Tätigkeit der Damenrechtlerinnen in der Kasse besteht besten Falles in ihrer Untätigkeit. Sonst machten sie die Entrechnung der Vertreter der organisierten Arbeiter in holdester Harmonie mit den Unternehmern und den schwarzen Sozialistenfressern unbesehen mit. Auch sie kennen nur die eine natürlich unpolitische Parole: Nieder mit der Sozialdemokratie. Dabei gehen sie so weit, selbst ihre vielbesungene Harmonie aller Weiblichkeit vollständig zu vergessen. Als der zentrierte Musterchrist Knuch die Genossin Leu so schwer beschimpfte, daß Stadtrat Dumont ihm dafür einen geharnischten Ordnungsruf erteilen mußte, stimmten die beiden Damenrechtlerinnen für den Schluß der Debatte, obwohl nur noch die Genossin Leu auf der Rednerliste stand! Sie verhinderten so, daß die schwer gekränkte Frau ihrem Beleidiger die verdiente Antwort geben konnte. Diesem wurde die notwendige Abfertigung durch das Eintreten unserer Genossen selbstverständlich nicht geschenkt. Für die weibliche Solidarität der Damenrechtlerinnen ist dieser Vorfall aber zu bezeichnend. Ihm stellt sich würdig die Tatsache zur Seite, daß beide Damen im Vorstand gegen die sozial anständige Entschädigung der Maschinenschreiberinnen auftraten.

Die Wahrheit ist also, daß die Sozialdemokraten im Vorstände die Selbstverwaltung, die Unparteilichkeit und die Interessen der Frauen gegen die rotscheuen Kandidatinnen des Vereins Frauenwohl verteidigen mußten. Wir haben

also allen Grund, dem Verein dafür dankbar zu sein, daß er diese praktische Probe auf sein Programm ermöglicht hat.

Eine feure Verschönerung. Seit der schon im Jahre 1896 erfolgten Niederlegung der Wälle am Bahnhof werden die neuen Straßenanlagen durch die bekannte Ruine geziert. Sie wurde mit einem Staketenzaun umgeben und schien ein dauerndes Wahrzeichen der fortschrittlichen Eigenart des Militarismus und seiner klugen Berücksichtigung des plebejischen Bürgertums bleiben zu sollen. Die so unfreundlich dachten, haben sich schwer verrechnet. Der Militärklub hat jetzt der Stadt erlaubt, daß sie ihm die Trümmerstätte unter Aufwendung von 4000 Mk. mit gärtnerischen Anlagen zieren darf. Es werden darauf Wege angelegt, Bäume gepflanzt und Blumenbeete geschaffen.

Das Schönste ist aber bei dieser überraschenden Verschönerung, daß selbst die Danziger Zeitung äußert, es sei ihr nicht bekannt, daß nun auch der hohe Zaun fallen werde, dessen Entfernung notwendig sei, wenn die Aus schmückung nützlich sein soll.

Es klingt ja sehr seltsam, daß die Stadt für den heiligen Militarismus mit schweren Gelden einen Schmuckplatz schaffen soll, den dieser hinter einem Zaun verbergen könnte. In Danzig würde dieses Unikum aber nicht zu sehr auffallen. Es würde sich nur fittgerecht dem noch immer zuvergnügten städtischen Zeughaufe und den Rayonsfressern anschließen.

1. Die Löpfergasse erhält nun bald ein anderes Gepräge. Das Haus „mit den Puppen“ und die anliegenden Gebäude sollen abgebrochen werden. Der Haude und Schaudel ist verfallen, was vor mehr als 350 Jahren fleißige Hände aufgebaut haben. Die Westpreussische Feuerzettel wird hier einen monumentalen Bau errichten.

Die schwarzblaue Bürgerzeitung

befindet sich gegenwärtig wieder in besonders schwerem Dalles. Es fragt sich sehr, wie lange es noch möglich sein wird, ihr schwaches Lebenslicht zu erhalten. Gut ist es dem Blättchen eigentlich nie gegangen. Am Beginn seiner Existenz mußte es sanfter werden. Seine intelligente Redaktion und die „große“ Macht der hausagratischen Bürgervereine sorgten aber immer wieder dafür, daß die gebrachten Opfer keinen Nutzen hatten. In den Veramen stieg die Mißstimmung über die für das Blatt geforderten Zuschüsse um so mehr, als seine Existenzberechtigung immer mehr bezweifelt wurde. Mehrere Vereine lehnten es überhaupt ab, dafür finanziell einzutreten.

Die hohle Herrlichkeit der Bürgervereine wird durch das chronisch franke Blättchen sehr gut repräsentiert.

140 000 Mark. Schulden hatte der Oberleutnant Paul Miede, der sich am 5. März in einem Danziger Hotel erschöß. Das Halten zahlreicher Rennpferde und andere noble Passionen waren die Ursache seines wirtschaftlichen Ruins.

Danziger Standesamt vom 17. April.

Danzig.

Todesfälle: Bauunternehmer Karl Heilmann, 76 J. — S. d. Zimmergehilfen Friedrich Röhner, 10 J. — S. d. Bernsteinbreiters Franz Heise 9 J. — Stauermeister Theodor May Sturmhöfel, 52 J. 1 M. — T. d. Reisenden Arthur Brock, 6 M. — Unheilich: 2 S.

Danzig-Langfuhr.

Todesfälle: Frau Margarete Edmann, geb. Stangnet, 21 J. 10 M. — S. d. Buchhalters Hugo Wiedemann, 15 Mln. — Frau Hiltrud Sommer, geb. Langer, 28 J. 8 M. — Rentier Karl Jahn, 82 J. 1 M.

Vermischtes

— **Versammlungsverbote.** In einem ostpreussischen Dorfe wurde die Abhaltung einer sozialdemokratischen Versammlung nicht gestattet, weil ein Gendarm an dem Tage, an dem die Versammlung stattfinden sollte, gerade seine Hochzeit feierte.

Die Sozialdemokraten waren keine Unmenschen und beklagten die Versammlung vier Wochen später ein. Doch der Amtsvorsteher bot, den Gendarm in seinen Hitterwochen nicht zu stören. Auch diesmal hatten die Sozialdemokraten Einsprüche; sie schoben die Versammlung abermals auf. Als sie zwei Monate später abgehalten werden sollte, litt die Frau des Gendarmen an Influenza, und der Amtsvorsteher verbot aus gesundheitlichen Gründen die Versammlung, da der Gendarm die gefährliche Infektionskrankheit auf die Besucher übertragen könnte.

Vier Wochen später wurde die Versammlung wiederum verboten, weil der Gendarm an Magenschmerzen litt. Der Amtsvorsteher erklärte, es müßte erst untersucht werden, ob es

Polizeibericht vom 17. April.

1. Verhaftet: 10 Personen, darunter 1 wegen Diebst.
2. wegen Trunkenheit.
2. Obdachlos: 2 Personen.
3. Gefunden: Ein in Reparatur befindlicher Herrenschiffschut abgehoben aus dem Fundbureau des Königl. Polizeipräsidium. Eine silberne Brosche mit der Aufsicht von Zoppot, abgehoben von Frau Auguste Uehowh, Rothhangengang 18.

Ans Westpreußen

Cibing-Ma-Lenburg

Der Proßi — Liberale und Konservative zu Brüdern.

Die russische Regierung plant einen Schutzoll für Getreide und Hülsenfrüchte, den zu verhindern unsere deutsche Junker keine Gelegenheit haben. Wird der eingeführt, dann geht den Getreidebauern und den Kaufleuten des deutschen Ostens der Proßi verloren, den sie aus den Einfuhrschneidungen ziehen. Jedes „anständige“ Blatt, das zu Geldleuten in Beziehungen steht, tobt darum seit Wochen und die Kriegshetze gegen England ist zur Abwechslung einmal durch eine Kampagne gegen England in die Arbeiterzeitung des Ostens natürlich ist, des öfteren mit dem geradezu unerschämten volksauswurperischen System der Einfuhrschneide beschäftigt. Zuletzt in einem Zeitartikel am 18. Februar d. J. Für heute glauben wir daher von einer Erläuterung Abstand nehmen zu dürfen, möchten aber feststellen, daß die konservative Marienburger Zeitung, die in ihrer Nummer vom 16. April für die Einfuhrschneide eintritt, sich auf die freisinnige Königsberger Hartung'sche Zeitung als Kronzeugen berufen darf. Wo es gilt, die Kuh des armen Mannes zu melken, sind eben Freisinnige und Konservative gleich eifrig dabei.

Agrarische Rechtspflege und agrarische Berichterstattung. In der Marienburger Zeitung, deren Rohheiten wir erst kürzlich niedriger hängten, lesen wir von einer Verhandlung des Marienburger Schöffengerichts:

Nur 3 mal Fleisch die Woche und ein 80 Pf.-Brot will der Pferdebesitzer Johann Schild aus Raknase von seiner Dienstherrin, Frau Rentel-Ragnale erhalten haben. Deshalb verließ er den Dienst. Vom Amtsvorsteher in Schönwiese erhielt ein polizeiliches Strafmandat in Höhe von 6 Mk. oder 2 Tagen Haft. Die vom Angeklagten gemachten Einwendungen waren nicht stichhaltig. Deshalb hatte der erhobene Einspruch den unerwünschten Erfolg, daß der Strafbefehl von 6 Mk. auf 15 Mk. erhöht wurde.

Die Schöffen, die diesen Urteilspruch fällten, waren der Gutsbesitzer Gustav Andres aus Reichsfelde und der Hofbesitzer Siegmund aus Schönwiese, Agrarier also. Und eine agrarische Zeitung berichtet. Da nimmt das Urteil wie die Berichterstattung nicht wunder.

Danzig-Land

Mit den Verkehrsverhältnissen wird sich eine öffentliche Volksversammlung beschäftigen, die in Weichselmünde am Sonntag, den 19. April 1914, nachmittags 3 Uhr, im Lokale des Herrn Mann stattfindet. Referent ist der Genosse Bartel. Da das zur Erörterung stehende Thema die Lebensinteressen der Weichselmünder Bevölkerung in unmittelbarer Weise berührt, darf wohl auf einen starken Besuch gerechnet werden.

Graudenz-Strasburg

Graudenz Spießbuben. Der Graudenzener Gesellige schreibt:

— Die Wirkung des „Generalpardons“ in Graudenz. Die Zustimmung des Wehrbeitragsgesetzes, daß für bisher nicht ver-

Kleines Feuilleton

— **Der Diktograph.** Professor Dr. Hans Groß berichtet in der Umschau von einer neuen Erfindung, die eigentlich etwas unheimliches an sich hat. Der Diktograph ist ein Apparat, mit dem man in einem Raume etwas hören kann, was in einem anderen noch so weit entfernten Raume gesprochen oder auch nur geflüstert wird. Also ein gewissermaßen allgegenwärtiges und in beliebige Fernen reichendes Ohr des Dionisos. Der von der Acoustic-Company hergestellte Apparat besteht aus einem Empfänger, einer kleinen Schallbox, die irgendwo in einem Zimmer unsichtbar untergebracht werden kann, den Leitungsdrähten und den Hörmuskeln, dazu natürlich einer elektrischen Batterie oder sonstigen Kraftquelle. Bei einem Versuch wurde der Empfänger in einem Zimmer des ersten Stockes in der etwas geöffneten Schublade verborgen; der Leitungsdräht wurde durch das Fenster in ein Zimmer im Parterre geführt. Der mit den Hörmuskeln versehene im Parterrezimmer konnte nun alles hören, was im ersten Stock laut oder leise gesprochen wurde. Selbst wenn die Sprechenden sich auf die vor dem Zimmer befindliche Terrasse begaben, konnte man ihre Worte noch verstehen, sobald sie beim Sprechen sich der geöffneten Zimmertüre zuwandten.

Die Erfindung eröffnet jedenfalls die interessantesten Ausichten. Vor allem ist an eine Verwendung im kriminalistischen Sinne zu denken. In den Prospektten der Acoustic-Company werden eine Anzahl von Beispielen dafür angeführt, wie Verbrechen dadurch verhindert oder andere dadurch aufgedeckt wurden, daß man in dem Raume, in dem die mutmaßlichen Komplizen zusammenkamen, den Apparat unterbrachte. Man denke sich z. B. die Schallboxe angebracht in einer Zelle, in der sich mehrere Untersuchungsgefangene oder gar solche, die der Mittäterschaft an gleichen Verbrechen verdächtig sind, befinden. Auch kann der Apparat wichtige Dienste bei der Entlarvung von Simulanten leisten. Auch seine Verwendung in der Medizin, zu Forschungs- oder Heilzwecken, zur Beobachtung von Geisteskranken z. B. ist ins Auge zu fassen.

Daneben ergeben sich allerdings auch geradezu erschreckende Perspektiven einer mißbräuchlichen Benutzung. Welch Unheil kann der Apparat anrichten, angebracht in einem Sitzungszimmer, in dem wichtige und geheime politische oder geschäftliche Besprechungen stattfinden. Oder nehmen wir an, der neugierige Hotelwirt versteckt ihn unter den Betten seiner Gastzimmer. Oder der mißtrauliche Chemann im Boudoir seiner Gattin, der Geschäftsmann (durch einen bestechlichen Angestellten) im Bureau seines Konkurrenten. An welchem Orte außer etwa im Aeroplan, wenn die Sache nicht schließlich auch noch drahtlos ausgebaut wird, wären wir überhaupt noch sicher, nicht belauscht zu werden?

Wenn der Apparat wirklich in der Praxis das hält, was seine Fabrikanten versprechen, die ihn für 1275 Mark der hörlustigen Menschheit offerieren, so wären in der Tat gesetzliche Vorschriften über seinen Verkauf und seine Benutzung nicht zu umgehen.

sich nicht um einen Typhusfall handele. Als die Sozialdemokraten nach drei Monaten den Bescheid erhielten, daß der Gendarm nur an einer leichten Magenverstimmung gelitten hätte, beklagten sie die Versammlung ein. Sie wurde abermals verboten, und der Amtsvorsteher sagte, der Gendarm wäre auf Ferien und seine Frau könnte ihn nicht vertreten, da sie bereits in geeigneten Umständen sei. Und es wäre doch anständig, sie in dieser Situation mit der Ueberwachung einer Versammlung zu betrauen.

Drei Monate später war in der Familie des Gendarmen ein kleiner Junge eingelehrt, und jetzt gab es erst recht keine Genehmigung zur Versammlung. Zwei Monate später hatte das Kind des Gendarmen die Masern bekommen, und jetzt mußte die Versammlung mit Rücksicht auf die Ansteckungsgefahr verboten werden.

— **35 000 Bücher.** Auf unsere unheimliche Bücherproduktion, die sich im Jahre 1913 in Deutschland auf 35 000 belieferte, hat Kai in der Täglichen Rundschau dieses Gedicht gemünzt:

Fünfunddreißigtausend Bücher
hat das deutsche Volk geschrieben:
Gott sei Dank! Wir sind das große
Volk der Dichter und Denker geblieben!

Und es wird noch so weit kommen,
Dieses Ziel soll man uns lassen:
Jeder deutsche Mann und Jüngling
muß im Jahr ein Buch verfassen!

Schon verkärt im Rausch des Schaffens,
suchten sämtliche Gesichter:
— oder Mann sein eigener Dichter,
Jeder Mann sein eigener Dichter!

Und nur eine kleine Frage
schafft uns dann noch ein'ge Qualen:
Wer im Dichterdenkerdeutschland
Wird die Honorare zahlen?

Neuer Vermögen, die sich bei der Einköpfung zum Wehrbeitrag
ergeben würden, Straffreiheit gelten sollte, wie in anderen
Teilen des Deutschen Reiches, auch in der Stadt Graudenz eine
erhöhte Steigerung der steuerbaren Vermögen ergeben. Durch die
Deflation des Vermögens zum Wehrbeitrag ist nämlich gegen-
über der bisherigen Veranlagung zur Ergänzungsteuer (Ver-
mögensteuer) eine Steigerung dieser um reichlich 10 000 Mark ein-
getreten, das bedeutet eine Erhöhung des steuerpflichtigen Ver-
mögens um rund 20 Millionen Mark. Der Ertrag der Einkommen-
steuer, deren Steigerung in früheren Jahren 10 000 bis 15 000 Mark
betrug, hat sich in diesem Jahre um rund 40 000 Mark erhöht, so
daß also auch die Stadt Graudenz, deren Gemeindefinanzsteuer
hierdurch um etwa 75 000 Mark Mehreinnahme steigt, einen
dauernden Nutzen vom Wehrbeitrag und „Generalpardon“ hat. Der
Wehrbeitrag selbst, der in der Stadt Graudenz aufgebracht wird,
beträgt rund 300 000 Mark.

Die „Vaterlandstoten Geiseln“, die bisher in Graudenz
den Staat um das ihm zustehende betrogen haben, sind wohl
zum meißten Teil liberal. Dieselben Liberalen,
die einst im Landtage dafür sorgten, daß die Unternehmer über
den letzten Pfennig Auskunft geben müssen, den ihre Arbeiter
verleihen. Bei Wahlen aber hängen die Graudenz Liberalen
das Mäntelchen der Arbeiterfreundlichkeit ganz besonders schon
heraus. Mögen die Liberalen sich das verschiedene Ver-
halten gebührend merken.

Eine Droßke überfuhr an der Ecke Oberthorner- und
Grabenstraße das vier Jahre alte Töchterchen eines Elbinger
Feldwebels, der in Graudenz zum Besuch weilte. Der Kleinen
wurde ein Bein gebrochen.

Schweh

Der Mann mit den starken Nerven.

Herr v. Halem, stellte sich am Donnerstag in Schweh den
Wählern vor. Die Versammlung fand in Kowalleks Sälen
statt. Herr v. Halem führte etwa folgendes aus:

„Daß ich auf die Schimpfereien, die anlässlich meiner
Mandatsüberlegung gegen meine Person erhoben sind, ein-
gehe, werden Sie nicht von mir erwarten. Ich handle da
nach dem alten Grundsatz: „Wer schimpft, hat stets Unrecht.“
Auch werden Sie nicht von mir erwarten, daß ich Ihnen mein
Programm entwirfle. Sie kennen es, meine Herren. Ich
sage auch heute, es fehlt uns in Deutschland eine Partei der
mittleren Linie. Wir haben wohl eine im Zentrum; diese ist
aber nicht die richtige. Wir können unser Vaterland nicht
einer parlamentarischen Regierung ausliefern. Im Reichstag
wird keine ideale Arbeit verrichtet. Alle Parteien im Reichstag
sind einig, daß das Parlament nur eine Kontrolle für die Re-
gierung sein darf. (Die Behauptung ist doch geradezu toll.
Red. d. Volkswacht.) Wir müssen eine feste Monarchie haben.
Frankreich hat in letzter Zeit gezeigt, welchen erschreckenden
Umschwung die Schwierigkeiten, ein Land parlamentarisch zu re-
gieren, annehmen. Das ist ein ernstes Zeichen von heute und
beweist, daß nur die Monarchie Garantie gegen solche Ver-
schiebungen bietet. Eine Armee, so stark und gewaltig wie
unsere deutsche, kann nur bestehen unter der Herrschaft eines
Monarchen. Beim Homerulegelei in England hat die Armee
gegen die Regierung revolviert, ein Zeichen, daß auch hier eine
starke Monarchie fehlt. Heute droht wieder eine große Ab-
rechnung wie vor hundert Jahren. Auf der einen Seite der
Dreibund, auf der andern der Dreiverband. Ange-
zeigt hat sie sich schon in den Paniktagen. Die ganze innere
Politik ist für die Katastrophe, wenn wir nicht auf der Wacht nach
außen sind. In den großen Fragen treu zu Kaiser und Reich
festzustehen, ist die Hauptaufgabe; in allen andern Fragen, ob
man da etwas nach links oder etwas nach rechts geht, ist ganz
egal. Wir müssen in den großen Fragen treu zu Kaiser und
Reich, fest zusammen stehen, sonst bricht alles zusammen: die
Landwirtschaft und die Industrie. Und in der Hauptsache sind
es die Arbeiter, die ein Interesse an diesen großen Fragen
haben, die den Wohlstand unseres Vaterlandes verbürgen, da
sie nichts weiter besitzen als ihre gesunde Arbeitskraft. Die
Spaltung zwischen Polen und Deutschen ist nicht vorhanden.
Die Geschichte beweist, daß es deutsche Völker sind, in denen
wir wohnen. Nur die Hefe der polnischen Agitatoren führt
sie künstlich herbei. Die predigen stets „Trennung der Na-
tionalitäten“. Polen ist damals zerfallen, weil erstens die
Monarchie nur eine Schattensmonarchie war, und zweitens,
weil die Großpolen und die Geißlichkeit das Volk ausgezogen
haben und alle Lasten auf das arme Volk legten. Da hat das
Volk zu der Regierung das Vertrauen verloren. (Ganz wie
jetzt bei uns. Red. d. V.) Ich frage, geht es denn den Volks-
genossen polnischer Sprache schlecht? (Eine Stimme aus der
Versammlung: „Ja, mir geht es sehr schlecht.“) Nur treue
deutsche Gefinnung kann uns einen, und geradezu verbrochen ist
es im Vertrauen der geistlichen Laien, die die Volks-
genossen polnischer Sprache gegen das Deutsche Reich zu ver-
leihen. Von der Polenliebe droht Ihnen nur die russische
Krone. Herr v. Tarnowski kann Ihnen niemals helfen. Ich
wünsche, mein Wort wäre nicht genug, es jedem ins Herz zu
schlagen. Das Vaterland ist auch für euch da. Sie haben alles
und sollen alles haben, wir verlangen nur eine treue deutsche
Gefinnung. Auf die Schanzen, die wir vor zwei Jahren so
schwer erkämpft, in Borschke erwarten haben bis zum Sie-
gen der Deutschen.“

Am Abend am Dächlermeister das Wort wurde aber
unverzüglich dem Leiter der Versammlung befehrt, daß jetzt niemand
mehr zu reden habe, er. Als der Mann nicht hörte, rief
der Vorsteher: „Ich hier Polizei im Saal!“ Zwei
Bewachen wurden neben den Säulen postiert und der Versam-
mlungsleiter erklärte, jetzt sei die Versammlung geschlossen.
Seine Redefahrt seine Disziplin. Und diesen Worten haben die
Vorsteher der Versammlung, Frau, können sich Liberalismus!

Thorn-Kulm-Briefen

Eine Hinrichtung fand am Morgen des 17. April in Thorn
statt. Der Ausstatter Straßentier, der wegen des Raub-
mordes in Mischkau zum Tode und zu acht Jahren Zucht-
haus verurteilt war, wurde auf dem Hofe des Gerichtes ge-
henkt.

Neustadt-Putzig-Rathhaus

1. Wegen fahrlässiger Tötung

hatten sich der Bauunternehmer Jellinski und der Vorarbeiter
Kotta aus Neustadt vor der Strafkammer Danzig zu verant-
worten. J. erhielt im Frühjahr 1913 den Auftrag, im Hofe
des Landratsamts einen Brunnen herzustellen. Dabei wur-
den Zementröhren verwendet. In der Tiefe von acht Metern
platzte einer der Stiege, deshalb mußte die Arbeit eingestellt
werden. Im Dezember 1913 wurde sie wieder aufgenommen.
Verschiedene Arbeiter weigerten sich, an dem Brunnen zu
arbeiten. Der Steinleger Kotta, der die Aussicht führen sollte,
wollte die Arbeit wegen ihrer Gefährlichkeit nicht übernehmen.
Selbst der Landrat hatte Bedenken und verlangte die Ein-
stellung der Arbeiten. Trotzdem ließ der Unternehmer weiter
arbeiten. Seinen Anordnungen wurde nicht genau gefolgt und
so brach dann das Unglück herein. Am 18. Dezember ver-
schütteten Sandmassen den Arbeiter Stephan. Der Tote wurde
in aufrechter Stellung gefunden. Die Anklage beschuldigt J.
und K. den Tod dieses Menschen fahrlässig herbeigeführt zu
haben. Die beiden Sachverständigen widersprachen sich in den
Aussagen. Der Beamte der Berufsangelegenheiten war der An-
sicht, daß bei genügender fachmännischer Aufsicht das Unglück
nicht geschehen wäre. Der Stadtbaumeister von Neustadt er-
klärte, der Tod des Arbeiters sei durch eigenes Verschulden
herbeigeführt. Das Gericht kam nach langer Beratung zu der
gleichen Ansicht und sprach beide Angeklagten frei. Die Kosten
werden von der Staatskasse getragen.

Gewerkschaftliches

— **Wertmeister und Gewerkschaft.** Am Sonntag und
Montag hat in Berlin der 12. Bundestag der technisch-indu-
striellen Beamten stattgefunden. Auf dieser Tagung wurde,
wenn auch allerdings mit einer knappen Majorität, der An-
trag zum Beschluß erhoben, die Wertmeister in das
Berufsbild der technisch-industriellen Beamten mit einzu-
schließen. Damit ist eine alte Streitfrage entschieden, die schon
seit etwa zwei Jahren in den Kreisen der technisch-industriellen
Beamten diskutiert wird. Als die neuere gewerkschaftliche Tech-
nikerbewegung ins Leben gerufen wurde, kam ein Beschluß
zustande, die Wertmeister zwar nicht direkt von der Mitglied-
schaft des Bundes der technisch-industriellen Beamten auszu-
schließen, sich aber nicht um diese Berufsgruppe besonders zu
bemühen. Der Wertmeisterverband mit seinem Hauptstift in
Düsseldorf wurde von den Bundesleuten als die offizielle
Interessenvertretung der Wertmeister anerkannt. Maß-
gebend für den Beschluß war die Überzeugung, daß die Wert-
meister gewerkschaftlich eine schwer organisierbare Menschen-
schaft darstellen, und daß ein erfolgreiches Zusammengehen
mit dem Wertmeisterverband und dem Bund der technisch-
industriellen Beamten möglich wird. Diese Erwartungen
haben sich nicht erfüllt. Die Zentralleitung des Wertmeister-
verbandes in Düsseldorf hat im Gegenteil bei entscheidenden
Gelegenheiten sich immer auf die Seite der Harmonieverbände
geschlagen und so den reaktionären Flügel der Angestellten-
bewegung gestärkt. Ganz zweifellos wird nun durch diesen
Beschluß die Bundesbewegung eine neue Gegnerschaft bekom-
men, der Wertmeisterverband wird sich dagegen wehren, daß
man ihm sein Berufsgebiet freitilgt macht. Es wird nun auch
eine schwierige Aufgabe sein, die Wertmeister gewerkschaftlich
zu organisieren. In absehbarer Zeit ist die Frage, ob der
Wertmeister als Stand und als Klasse die letzte Konsequenz
gewerkschaftlicher Arbeit, nämlich das Machtmittel des Streiks,
anwenden kann, als undisputabel zu bezeichnen. Aber immer-
hin ist schon viel erreicht, wenn der Wertmeister stärker wie
bisher mit sozialem Geist erfüllt wird. Den Radikalisierungs-
prozeß der Wertmeister, besonders im modernen Industrie-
betrieb, wird aber noch die weitere Verbreitung der „wissen-
schaftlichen Betriebsorganisation“ unterstützen. Die Einfüh-
rung des Taylorismus, die gerade gegenwärtig sich in der
Industrie immer mehr vollzieht, bringt im Berufsstand der
Wertmeister eine totale Umgestaltung hervor; immer mehr
wird der Meister zu einem subalternen Arbeitsaufseher degradiert,
zum Einseitiger und Antreiber. Seine frühere Selbst-
ständigkeit vermindert, und in dieser undankbaren Puffer-
stellung zwischen Betriebsleitung und Arbeiter steht er nach
beiden Seiten hin ungeschützt. Der Gedanke der Interessen-
harmonie zwischen Kapital und Arbeit wird ihm durch diese
Umwälzungen in seiner Betriebsstellung immer mehr ausge-
litten, und somit ganz zweifellos den Bundesleuten bei
ihrer Verurteilung dieses Moment mitwirken, den Wertmeistern
die Notwendigkeit gewerkschaftlicher Organisationsarbeit ver-
ständlich zu machen. Ein zweiter Grund für die Entscheidung,
diese Berufsgruppe dem Berufsgebiet des Bundes einzuschlie-
ßen, ist aber dann noch der Gesichtspunkt, bei ersten Lohn-
kämpfen die Wertmeister nicht gegen sich zu haben. Beide Be-
rufe haben heute viel mehr Berührungspunkte als früher, und
wenn einmal der Zustand erreicht wird, daß bei einem Streik
der Techniker die Wertmeister sich mit ihren Kollegen solidarisch
erklären, so würde im Betriebe eine solche Position für die ge-
werkschaftlichen Angestelltenkämpfe geschaffen werden, daß die
Unternehmer auch zu einem Verhandeln mit den Angestellten
erzogen werden können. Alles in allem ist dieser Beschluß ein
Symptom dafür, daß sich auch hier im Industrieberuf die
Dinge zuspitzen, und daß das Organisationsleben der indu-
striellen Angestellten immer mehr den gewerkschaftlichen Ver-
bandsformen zustreben muß.

— **Sozialistengefehrliche Zustände.** Herr Traugott v. Ja-
gow, der politische Machthaber von Berlin und unübertreff-
liche Ausleger der Polizei- und Militärgeheimnisse, ist von seinem
Amtscollegen in Barmen übertroffen worden. Was Herr Dr.
Hef, der Polizeidezernent von Barmen, in einem knappen
Jahre geleistet hat, ist geeignet, den Beifall aller Scharfmacher
und Arbeiterfeinde zu entfesseln. Zunächst ging er dazu über,
das Verteilen gewerkschaftlicher Druckschriften, Flugblätter,
Handzettel usw. auf Straßen und öffentlichen Plätzen in ein-
zelnen Fällen zu verbieten. Gelegentlich der Krankeassen-
wahl verteilte er das Verteilen von Druckschriften generell, nur
eine kleine Anzahl von Straßen wurden von dem Verbot aus-
genommen. Das Beste aber hat er sich bei einem Streik in
einer Textilfabrik geleistet. Weil eine Anzahl von Arbeits-

willigen nach 11 Uhr in einer Werkstatt einige streikende Ar-
beiter überfielen und mißhandelten, ließ er an die Polizeibeam-
ten des Bezirks die Anweisung ergehen, das Streikpostenstehen
vor der Fabrik und in deren Nähe nicht zu dulden. Die Streik-
posten wurden weggeführt, schließlich verhaftet und auf der
Wache festgehalten. Die drei mißhandelten Arbeiter aber er-
hielten folgende Verfügung zugestellt:

„Die Polizeiverwaltung.“

Barmen, den 4. April 1914.
Sofort.

Da vor kurzem eine Schlägerei zwischen Arbeitswilli-
gen und Streikenden der Fa. Kehrenberg stattgefunden hat
und zu Verletzungen geführt, daß sich die Streikposten wieder-
holen, wodurch die öffentliche Sicherheit gefährdet würde,
unterlage ich Ihnen auf die Dauer von zwei Wochen nach
Zustellung dieses Schreibens den Aufenthalt in der Weckel-
straße zwischen Albrecht- und Fingerscheidstraße, in der
Kathenerkloster- und Emmastraße. Für jeden Fall, daß Sie
dieser Verfügung zuwiderhandeln, müßte ich eine Zwangs-
strafe von 60 Mark eventl. 6 Tagen Haft gegen Sie fest-
legen.

Gegen diese Verfügung steht Ihnen innerhalb 2 Wochen
(seit Zustellung) die Beschwerde an den Herrn Regierungs-
präsidenten, oder die Klage beim Bezirksauschuß in Düssel-
dorf zu.
A. B.: Dr. Hef.

An Herrn

Dem Sekretär der Gewerkschaftskommission, der wegen
dieser Anordnungen des Polizeigewaltigen beschwerdeführend
bei ihm vorstellig wurde, erklärte Herr Dr. Hef, daß das Streik-
postenstehen ein Eingriff in die persönliche Freiheit des Unter-
nehmers darstelle und dagegen die Bürger geschützt werden
müßten. Daß aber die Maßnahmen des Polizeidezernenten
einen tiefen Eingriff in die persönliche Freiheit von Bürgern
zugunsten eines Unternehmers darstellen, scheint dem Polizei-
verstand nicht faßbar zu sein. Wegen die durch nichts begrün-
dete ungeschickliche Maßnahme ist natürlich der Rechtsweg be-
schritten worden.

— **Arbeiterfahrten im Lenkballon.** Der Dresdener Orts-
verein des Metallarbeiterverbandes, der seit mehreren Jahren
für seine Mitglieder zu erisminglichen Preisen Gesellschafts-
fahrten nach Hamburg—Helgoland, München—Berchtesgaden,
Wien—Triest—Venedig usw. veranstaltet, will jetzt auch das
Hauptverkehrsmittel der Luft, den modernen Lenkballon, seinen
Mitgliedern zumut machen. Um die Möglichkeit einer Luft-
fahrt, die sich bisher nur Leute mit sehr großem Geldbeutel
leisten konnten, da in der Regel eine Fahrt im Zeppelinballon
rund 200 Mark und im Paravallballon über 50 Mark kostet,
auch den Arbeitern zu erschließen, veranstaltet die Dresdener
Ortsverwaltung einen Lichtbildervortrag über die Entwicklung
und den jetzigen Stand der Luftschiffahrt sowie eine Exkursion
nach der städtischen Luftschiffhalle, die mit der Besichtigung
eines Luftschiffes und eines Flugapparates unter fachkundiger
Führung und Erläuterung verbunden sein wird. Die Teil-
nahme an beiden Veranstaltungen kostet 1 Mark. Für einen
Teil der Teilnehmer, und zwar von ungefähr 30 immer für
einen, wird aber damit noch die Berechtigung zu einer einstün-
digen Fahrt in einem Lenkballon verbunden sein, wofür nur
noch 5 Mark nachzuzahlen sind. Die Fahrten sollen unter den
Teilnehmern an dem Vortrage und der Exkursion ausgelost
werden. Die Veranstaltung wird, außer einer guten Belich-
rung und nachhaltigen Erinnerung für die Teilnehmer, schließ-
lich noch den Beweis erbringen, daß die Arbeiter manches,
was ihnen vollständig verschlossen zu sein schien, durch gemein-
same großzügige Arbeit und geschickte Organisation zugänglich
gemacht werden kann.

Soziales

— **Sind Verclamungen der Volksfürsorge „politisch“?**
Wir entnehmen der Konsumgenossenschaftlichen Rundschau: Die
sächsische Staatsanwaltschaft ist in ihrem Kampfe gegen die
Volksfürsorge unterlegen. Das Recht hat über die Kappischen
Treiberinnen gesiegt. Das ist erfreulich. Am 5. August 1913
war für den Ort Stehlich bei Dresden eine öffentliche Verlam-
mung einberufen und abgehalten worden, wobei ein Vortrag
gehalten wurde über das zeitgemäße Thema: „Die Schäden der
kapitalistischen Volksversicherung und ihre Reform durch die
Volksfürsorge“. Die königliche Amtshauptmannschaft Dresden,
die auf diese Verlammlung aufmerksam gemacht worden war,
ließ die Verlammlung überwachen und sandte dem Einberu-
fer, Lagerhalter Maune in Stehlich, einen Strafbefehl von 10 Mark
wegen Uebertretung der §§ 5 und 18 des Vereinsgesetzes, d. h.
wegen Nichtanmeldung der Verlammlung bei der Polizei.
Herr Maune, der mit Recht überzeugt war, daß nur politische
Verksammlungen anmeldspflichtig seien, die von ihm abgehaltene
Verksammlungen aber keine politische Verksammlungen gewesen sei-
len, lehnte die Strafe ab und verlangte gerichtliche Entscheidung.
Das Schöffengericht Dresden bestätigte am 29. September 1913
unter dem Vorsitz eines Gerichtsassessors und Hilfsrichters die
Strafe und gab in der Begründung des Urteils folgende merk-
würdigen Rechtsanschaunungen zum besten:

Wenn in einer öffentlichen Verksammlungen für diese ge-
werkschaftliche, also sozialdemokratische, Volksfürsorge gewor-
ben und dabei gegen die jetzt vorhandenen, auf dem Boden
der jetzigen Staatsordnung stehenden, „kapitalistischen“
Volksversicherungen gekämpft werden soll, so werden dadurch
die staatlichen Interessen unmittelbar berührt, und es dient
infolgedessen eine solche Verksammlungen der Erörterung poli-
tischer Angelegenheiten.

Der Verlammler legte gegen dieses Urteil Berufung ein, mit
dem Erfolge, daß die zweite Kammer des Landgerichts zu Dres-
den am 24. November das erstinstanzliche Urteil aufhob und
unter Aufhebung aller Kosten beider Instanzen auf die Staats-
kasse den Angeklagten freisprach. Das Landgericht stellte in
seinem Urteile fest:

Daß es sich nach den Beweiserhebungen, in der frag-
lichen Verksammlungen nur um einen rein wirtschaftlichen Kon-
kurrenzkampf zwischen den Anhängern der neueren Volks-
versicherung Volksfürsorge mit den anderen, von ihnen „ka-
pitalistische“ Volksversicherungen genannten Versicherungs-
gesellschaften gehandelt hat. Darin könnte aber eine politische
Angelegenheit selbst dann nicht erblickt werden, wenn wirklich

die freien Gewerkschaften und Genossenschaften, die, wie der Angeklagte einräumt, hinter der Volksfürsorge stehen, allgemein auf sozialdemokratischem Boden stehen und sozialdemokratische Tendenzen verfolgen.

Damit war das Recht wieder hergestellt und das Vereinsgesetz richtig ausgelegt. Der Erste Staatsanwalt beim Landgericht legte am 1. Dezember 1913 Revision gegen dieses Urteil ein mit der Begründung, daß die oben zitierte Auffassung „als rechtsirrig erscheint, insofern sie auf einer Verfehlung des Begriffs der politischen Angelegenheiten beruht“. Der sächsische Erste Staatsanwalt, der sich gar nicht hineinzudenken versucht hat in die unbestrittene Tatsache, daß die seit herge private Volksversicherung dem deutschen Volke jährlich Hunderttausende Mark Schaden zuzugute zugunsten der privaten Versicherungsgesellschaften und deren Träger, der auch kein Verständnis dafür zu haben scheint, daß die Gewerkschaften und Genossenschaften ihre soziale Pflicht verlegen würden, wenn sie nicht alle Mittel anwenden, um diese finanziellen Schädigungen von der deutschen Arbeiterklasse abzuwenden, schloß sich offenbar den Argumentationen der Gegner der Volksfürsorge an. Er sagte in seiner Revisionsbegründung weiter:

Dagegen ist es rechtsirrtümlich, wenn das Berufungsgericht die Frage der Volksversicherung Volksfürsorge nicht unter den von ihm selbst richtig erläuterten Begriff der politischen Angelegenheiten subsummiert, sondern annimmt, daß es sich bei dieser Versicherung um ein einfaches Konkurrenzunternehmen gegenüber den bestehenden, zum Teil auch auf Gegenseitigkeit beruhenden Versicherungsgesellschaften handle.

Das Berufungsgericht überläßt hierbei, welche Bedeutung dem Umstande zukommt, daß die Volksversicherung Volksfürsorge ein Unternehmen ist, das, wie der Angeklagte selbst nicht in Abrede stellt, von den freien Gewerkschaften und Genossenschaften ins Leben gerufen worden ist.

Diese freien Gewerkschaften und Genossenschaften stehen, wie als notorisch gelten kann, auf sozialdemokratischem Boden und vertreten die Interessen der sozialdemokratischen Partei.

Wenn man nun diesen parteipolitischen Standpunkt, den sie einnehmen, in Betracht zieht, so erscheint schon deshalb die Annahme gerechtfertigt, daß sie ein Unternehmen, wie es die Volksversicherung Volksfürsorge darstellt, nicht lediglich zur Förderung und Hebung der Volkswohlfahrt im allgemeinen, nicht nur aus reiner ökonomischer Fürsorge für die Verbesserung der wirtschaftlichen Lage des Volkes in seiner der besonderen Fürsorge bedürftigen Schichten gegründet haben, sondern daß sie damit auch die Förderung der politischen Interessen und Ziele der sozialdemokratischen Partei bezweckt und insbesondere die Absicht verfolgt haben, auf diese Weise durch den Interessenzusammenschluß der Beteiligten und durch Anhäufung größerer Kapitalien in den Reserven der genannten Partei in den politischen Kämpfen einen Machtfaktor ersten Ranges zu schaffen.

Zur Begründung seiner Darlegungen legte der Staatsanwalt dem Revisionsgericht eine ganze Sammlung von Zeitungsausschnitten vor. Bei der Verhandlung vor dem Oberlandesgericht in Dresden am 8. April 1914 stützte der Vertreter des Ersten Staatsanwalts die Revision kurz auf das vorgelegte neue Material, das vom Berufungsgericht noch nicht geprüft worden sei, und verlangte Würdigung des Materials und danach Aufhebung des Urteils des Landgerichts und Zurückverweisung. Die Anwälte des Angeklagten protestierten gegen die Vorlegung und Würdigung neuen Materials und beantragten Abweisung der Revision. Interessant war dabei die Feststellung, daß das neu vorgelegte Material nach der Entscheidung des Landgerichts der Königlich sächsischen Staatsanwaltschaft zur Verfügung gestellt und von dieser zur Begründung der Revision benutzt wurde. Sammler und Lieferant dieses Materials an die Staatsanwaltschaft war Herr Generallandschaftsdirektor Rapp, der Macher der öffentlich-rechtlichen Versicherung und heftigste Gegner der Volksfürsorge. Es hat aber nicht genügt. Das Oberlandesgericht beachtete die lückenlosen Feststellungen des Vorgerichts, trat dessen Rechtsauffassung bei und wies die Revision der Staatsanwaltschaft mit Überweisung der Kosten auf die Staatskasse zurück. Damit war dieser erste Versuch der Verwaltungsbehörden zu einem Vorgehen gegen die Volksfürsorge auf Grund einer falschen Auslegung des Vereinsgesetzes abgeschlagen. Trotz alledem ist aber dieser Versuch eine dringende Mahnung an alle Freunde der Volksfürsorge, bei ihrer Arbeit nur die wirklich sozialen Aufgaben der Gesellschaft ins Auge zu fassen und die Absichten der Gegner, der Volksfürsorge politisch beizukommen, zu durchkreuzen.

— Das viel zu teure Personal! Seit einigen Jahren beschäftigen sich die kaufmännischen Angestellten mit der Not der alten Handlungsgehilfen, die durch irgendwelche Umstände ihre Stellung verloren haben und nun auf alle Bewerbungen nur ablehnende Antworten erhalten. Eine Erscheinung, die ja durchaus nicht bloß im Handelsgewerbe zu beobachten ist. Der kapitalistische Großbetrieb kann alte Menschen nicht brauchen. Bieglam und billig, das sind die hauptsächlichsten Anforderungen, die heute an Arbeiter wie Angestellte gestellt werden. Erfahrungen stehen heute niedrig im Kurs. Die Schematisierung der Arbeit und die Ausschaltung der persönlichen Gedächtnisarbeit durch Registratur und Kartothek gestalten die Verwendung von jungen und ungelerten Kräften an Stellen, wo früher der alte Kommis mit seiner weitreichenden Kenntnis der Kunden und Lieferanten unentbehrlich war.

Und Verdienste? Verdienste um die Entwicklung des Geschäfts? Die ganzen Jahre treuer und opfervoller Arbeit? Da lächelt der Chef höflich: Bitte, keine Sentimentalitäten! So etwas paßt doch nicht in unsere aufgeklärte Zeit.

Ich bezahle meine Leute anständig (was man in Prinzipalkreisen „anständig“ nennt), so lange sie ihren Posten ausfüllen, aber ich kann mein Geschäft doch unmöglich zu einem Invalidenheim machen. Und dann das hohe Gehalt . . . Dafür kriege ich ja zwei junge Kräfte.

Wer es noch nicht wußte, daß dies die Moral des kapitalistischen Arbeitsverhältnisses ist, kann es jetzt aus berufenem Munde, nämlich von den Arbeitgebern selbst, erfahren. Die bekannte Unternehmerzeitschrift Deutsche Konfektion schreibt in ihrer Nummer vom 22. März:

„Mit wird mit Entrüstung darauf hingewiesen, daß der eine oder andere Betrieb rücksichtslos langjährige Angestellte gekündigt habe, die nun auf der Straße liegen. Hat man sich aber einmal gefragt, ob der Chef hier unter dem Zwange eines gebieterischen

„Mach“ handelte, ob er nicht die Existenz seines ganzen Unternehmens aufs Spiel setzte, wenn er dieses teure Personal beibehielt, wo seine Konkurrenz mit billigerem Personal arbeitete. Gerade sogenannte „Patronenhäuser“ frachten häufig an ihrem viel zu teuren Personal, an den zahlreichen Subalternen, welche man aus hochverehrtem Anstand behält und über- und fünfmal teurer bezahlt als junge Leute, die vielleicht ebensoviel leisten. Hier gibt es nur einen Ausweg, der den Angestellten unangenehm in die Ohren klagen mag, aber doch zu ihrem und des Geschäfts Besten dient. Man sei sparsam mit den Gehaltszulagen, der Chef möge sich nicht angeschlossen eines günstigen Jahresabschlusses von einer generösen Baune (!) hinreißen lassen, der Angestellte möge aber nicht darauf pochen, daß er jetzt schon so und so lange im Geschäft sei und Gehaltsverhöhung beanspruchen könne. Wer sich eine Lebensstellung sichern will, verzichte auf die fragwürdige Wohlstandsgewinnung, was er heutzutage um so eher kann, als die Pensionsversicherung ihm und seinen Angehörigen im Alter einen gewissen Rückhalt bietet.“

Eine feine Scharfmacherleistung! Der Unternehmer soll auf die verdienten teuren Kräfte verzichten und die Angestellten auf die fragwürdige Wohlstandsgewinnung verzichten. So ist beiden Teilen geholfen. Der arme geplagte Chef begnügt sich mit dem doppelten Unternehmergewinn, der Angestellte aber hat keine sichere „Lebensstellung“, bei der er langsam — verhungern kann! Und so kommen wir der sozialen Gerechtigkeit immer näher!

Paul Henje als Helfer der Sozialdemokratie

Die Ueberschrift wird einiges Staunen erregen. Paul Henje, der Dichter der abgetakelten, schönen Form, der früh an den bayerischen Hof Berufene, in dessen Dichtungen die sozialen Kämpfe unserer Zeit keinen Niederschlag hinterlassen haben, Paul Henje und der Klassenkampf, wie kommen sie zusammen? Aber es besteht wirklich eine engere Beziehung zwischen Henje und der Sozialdemokratie. Freilich ist der Dichter niemals Sozialdemokrat gewesen. Aber er war ein Mensch, der mit den Verfolgten empfand, und nicht bloß empfand, sondern ihnen auch zu helfen sich verpflichtet fühlte. Und so ist er in den schlimmsten Zeiten unserer Partei, unter dem Sozialistengesetz, ihr ein treuer Helfer gewesen.

Wir lesen darüber in unserm deutsch-amerikanischen Bruderblatt, der Neuportler Volkszeitung:

Dem Dichter Henje werden in diesen Tagen Blumen gestreut und Kränze aufs Grab gelegt. Des Menschen Henje wird zunächst wohl weniger gedacht werden. Und doch verdient auch dieser seine Blumen und Kränze.

Es war zur Zeit des deutschen Sozialistengesetzes, als die ärgsten Verfolgungen über die Arbeiterklasse und ihre Organisationen im Reich ergingen. Versammlungen, in denen sozialistische Ideen zum Ausdruck kamen, waren nicht gestattet. Druckschriften, die sozialdemokratische Lehren enthielten, wurden verboten. Die sozialistische Presse war vernichtet und mußte sich ins Ausland flüchten. In Zürich erschien der Sozialdemokrat, der allwöchentlich ins Reich hineingeschmuggelt werden mußte, um dann im ganzen Lande auf verbotenen Wegen seinen Lesern zugestellt zu werden. Zehntausende von Broschüren und Büchern, Hunderttausende von Flugblättern, alles verbottene Frucht, deren Verbreitung bis zu sechs Monaten, ja unter Umständen bis zu sechs Jahren Gefängnis brachte, gelangte auf denselben geheimen Wegen ins Reich, um dort das gegen „die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie“ gerichtete Ausnahmegesetz zunichte zu machen.

Der Schmuggel dieser Schriftensendungen über die Grenze nach Deutschland hinein war verhältnismäßig leicht. Die Schwierigkeit der Verbreitung begann erst, wenn die verbotenen Schriften „drüben“ waren, wenn sie, in einzelne Sendungen zerlegt, überall, nach allen Richtungen hin, weitergeschickt werden mußten.

Besonders war Mangel an solchen Adressen, an die man größere Sendungen von Schriften und Zeitungen schicken konnte, die der Polizei nicht von vornherein verdächtig waren. Mehr als einmal wurden solche Sendungen entdeckt, weil sie an irgendeinen schlichten Arbeiter gehen mußten, der sonst keine Listen- und Ballensendungen zu empfangen pflegte. Und Verhaftung und Verurteilung und Gefängnis war in solchem Falle die Folge.

Und da mag jetzt, beim Tode Paul Henjes, hervorgehoben werden, daß der Verstorbenen in jener Zeit des deutschen Sozialistengesetzes seine Adresse vielfach als Deckadresse für Briefe und Sendungen verbotener Schriften und Zeitungen hergab, die von der Schweiz her nach Deutschland eingeschmuggelt wurden.

Ganze Ladungen des in Zürich erscheinenden Sozialdemokrat gingen an die Adresse Paul Henjes in München ab, der sie als ein der Polizei Unverdächtiger in Empfang nahm und von wo aus dann die beauftragten Genossen die Sendung abholten und weiterpedierten. Die Polizei in München und Deutschland hatte natürlich nicht die geringste Ahnung davon, daß einer der bedeutendsten deutschen Dichter ein Verbreiter verbotener sozialdemokratischer Schriften war. Daß er sich den Strafbestimmungen des Ausnahmegesetzes aussetzte, daß er, zusammen mit der gesamten Arbeiterklasse Deutschlands, piffte auf das infame Gesetz gegen „die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie“.

Es war unser zu früh verstorbener Genosse Bruno Schoenlant, der damals den Vermittler zwischen Paul Henje und der deutschen Sozialdemokratie machte, und der dem verstorbenen Dichter zu dem Ruhme verhalf, daß er im Kampfe gegen das infame Ausnahmegesetz der deutschen Arbeiterklasse hilfreiche Hand reichen konnte.

Das sei dem toten Dichter nicht vergessen. Es ist nicht das unwichtigste und geringste Blatt im Buche seines Ruhmes, das von seinem Eintreten für die Verfolgten und Gehegten zeugt.

Der Toilettenwärter

Szene: Die Toilette eines eleganten Cafés. Marmorboden, Kachelwände, eingebaute Waschbecken mit Warmwasserleitung. Auf einem Tisch frische Handtücher und ein reichhaltiges Toilettenservice, von der Schulbürste bis zum Manicurekasten.

Personen: Der Toilettenwärter, weißbärtig, sehr faul.

Auf der Brust die Kriegerdenkmünze. Der Gast, klein, unterseht, nach letzter Mode gekleidet, Brillantringe.

Der Gast (eintretend: „Bitte, waschen!“)

Der Wärter (läßt Wasser ins Becken laufen und legt ein Stück Seife in die Schale): „Hier mein Herr.“

Der Gast (zieht die Ringe von den Fingern, legt sie auf das Sims, beginnt sich zu waschen. Der Wärter steht daneben und hält ein Handtuch bereit. Es entspinnt sich folgendes Gespräch):

„Na, Sie kenne ich doch schon seit langem. Wie lange sind Sie eigentlich jetzt hier?“

„Fünf Jahre, mein Herr!“

„Und wie alt sind Sie?“

„Zweihundsechzig.“

„Donnerwetter — so alt schon. Was wegen Sie denn früher?“

„Schmied.“

„Na, und das ging nicht mehr?“

„Nein. Ich hatte von anno 70 her einen Kraks weg. So ne Art Bruch. Das ist dann mal wieder zum Ausbruch gekommen.“

„Sie beziehen doch Invalidenrente?“

„Ja, 9 Mark 75.“

„In der Woche —?“

„Nein, im Monat!“

„So, hm. Viel ist das nicht. Aber Sie sind auch nicht ganz erwerbsunfähig. Was kriegen Sie denn hier monatlich?“

„Kriegen? Ich zahle hier doch —!“

„Waschen Sie doch keine Wixe. Was heißt, Sie zahlen hier.“

„Ich habe die Toilette gepachtet und muß dafür täglich zehn Mark geben.“

„Na, und was haben Sie da übrig?“

„Durchschnittlich eine Mark fünfzig bis zwei Mark. Manchmal auch zwelffünfzig.“

(Währenddessen hat der Herr sich abgetrocknet. Er puht sich nun die Nägel, während der Alte mit dem Ledertuch die Laststiefel abreibt. Der Gast:)

„Na, leicht haben Sie's ja nicht. Aber Sie brauchen ja auch wenig. Was meinen Sie, wie unsern sich den Kopf zerbrechen muß, um bei diesen verfluchten Zeiten über Wasser zu bleiben. Es ist nicht alles Gold, was glänzt.“ (Er streift die Ringe über.)

(Der Alte bürstet ihn ab. Der Gast greift in die Westentasche, sucht herum, steckt dem Alten etwas in die Hand.)

„Bittel!“

Der Alte verbeugt sich, der Gast verschwindet. Der Alte öffnet die Hand, darin liegt — ein Zwelffennigstück.

Um 3 Uhr nachts kommt ein rotbefackter Kellner in die Toilette:

„Frühe, was meinst, was mir der kleine Dide for'n Trinkgeld gegeben hat, der vorhin hier war? Zwanzig Mark! Fein, was? For achtzig hat er und sein Mägen gefressen, und wie ich ihm auf hundert rausgeben will, winkt er ab. Kavaster, was? Aber befoffen, sag ich dir — wie 'n Schwein! Komm, Frühe, sollst auch was davon haben.“ Und er wirft einen Taler auf den Tisch.

c. z. k.

Aus aller Welt

— Folgeschwerer Brand. In Berviers brach nachts in eine von mehreren Familien bewohnten Hause Feuer aus, bei dem zwei Kinder erstickten. Drei andere Personen wurden halbtot ins Krankenhaus gebracht.

— Selbstmord eines Reichstagsabgeordneten. Aus Kopenhagen wird gemeldet: Im Hotel wurde der Reichstagsabgeordnete Jensen erhängt aufgefunden. Die Ursache des Selbstmordes ist, der Wölschen Zeitung zufolge, vorgeschrittene Tuberkulose, nach dem Lokal-Anzeiger ehelicher Streit.

— Die verhängnisvolle Wettfahrt. In dem Dorfe Sommitz (Pommern) unternahmen die Pächter Kartowski und Czegzynski auf dem Rückweg von der Kirche eine Wettfahrt. Das Fuhrwerk des ersteren stieß gegen einen Baum. Der Fahrer und die Arbeiterfrau Wietzka wurden getötet.

— Unter Hinterlassung erheblicher Schulden flüchtete der früher in Mainz ansässige Altstädler Brod, der ein schwungvolles Antiquitätengeschäft betrieb. Frau und Kinder nahm er mit, ebenso etwa 200 000 Mark. Er wandte sich wahrscheinlich nach Amerika. Ein Mainzer Privatmann soll um 43 000 Mark geschädigt sein.

— Schifferlos. Bei der Strandung des Schoners Budlerj unweit Long Brauk ertranken, nach einer Meldung aus New York, der Kapitän, seine Frau und die ganze Mannschaft. Ein Mann konnte sich retten.

Literatur

Lazarus.

Liebe und Ehe. Von Ferdinand Hanusch.

Vor zwei Jahren ist Hanusch' Lazarus erschienen. Das Buch erzählt die Jugendgeschichte eines Proletariats von der Wiege bis zur Wanderschaft, seine Erlebnisse in der Dorfschule und Fabrik, in der Kirche und im Fachverein, auf der Waise und auf der Schubstation. Das prächtige Buch hat viele Tausend Freunde gefunden. Es hat Gleichgültige aufgerüttelt, hat Lasterer erweckt. Nun liegt uns ein neuer Band vor, der uns von Lazarus' Liebe und Ehe erzählt. Das Buch ist in seinem Inhalt von der Jugendgeschichte vollständig unabhängig und wird auch dem Leser, der den ersten Band nicht gelesen hat, große Freude bereiten. Es erzählt vom wechselvollen Schicksal eines Proletariats in den Mannesjahren. Vor der Wanderschaft kehrt Lazarus in seine Heimat zurück. Er findet dort seine Jugendgeliebte Elsa wieder, die nun seine Freundin, seine Braut wird. Er tritt bald in den Vordergrund der Arbeiterbewegung seiner Heimat und wird wegen angeblicher Religionsstörung durch eine Versammlungsrede zu einem Monat Kerker verurteilt. Wie folgen ihm aus dem Weberdorf in den Gerichtsaal und in die Kerkerhaft und eilen nach Beendigung der Strafzeit mit ihm in die Heimat. Der Vater seiner Braut ist von der Waise germalmt worden. Lazarus zögert keinen Augenblick mehr, seine Braut heimzuführen. Mit dem jungen Ehepaar zieht auch Mutter Sorge ins Proletariatsheim. Elsa erkrankt. Vergebens ist ihr Wille, gesund zu werden, vergebens die Bemühung des Arztes, das Lungeneiden ist nicht heilbar. Während es mit seinem Weibe zu Ende geht und Gram an seinem Herzen nagt, wird Lazarus in eine heftige Bewegung hineingerissen. Unorganisierte Arbeiter eines Betriebes haben einen

Streik begonnen. Man kann sie nicht ihrem Schicksal überlassen. Bazarus übernimmt die Führung. Die Fabrikanten des Ortes antworten mit einer Ausperrung der Arbeiter aller Betriebe. Nun gilt es mit einer noch ungeklärten Arbeiterkraft einen großen Kampf zu führen. Der kühnste Begleiter der ersten Tage folgt aber nach der Kassenkammer. Der Streik muß abgebrochen werden; demütig ziehen die Arbeiter zur Arbeit und in das alte Glend zurück. Die größte jahrelange Arbeit sind dann. Und ebenfalls ist Bazarus' Existenz vernichtet. Er ist während des Streiks entlassen worden und daß er in irgendeiner Fabrik der Umgebung Arbeit findet, ist nicht verständlich. Seine Frau versteht ihn nicht mehr, da er von seinem Schicksal erzählt. Er bemüht sich im nächsten Stübchen, Arbeit zu finden, während seine Kollegen, ihn verlassen in die Fabriken zurückkehren. Er kommt am Abend heim, ohne Arbeit, ohne Rent. In diesem Augenblick steht sein junges Weib im Grab, nimmt er Abschied von seinen wenigen Freunden und geht dann in die Welt hinaus.

Das alles weiß Hansch perfekt zu erzählen. In dem Buch tritt uns ein Schriftsteller aber auch ein Mann entgegen, der des Arbeiters Freud und Leid kennt und in die Seele des Proletariats zu blicken versteht. Die vielen Gestalten, die an uns vorüberziehen, haben sämtlich Tragik und Lust. Die philosophierende Hausfrau, die brave einfache Arbeiterin, der polarende Arbeiter, lange und unkluge Unternehmer und viele andere. Nichts ist Bazarus vor unser Auge. Wir erleben sein Leben, seinen Aufstieg und sein Glück, sein Unglück und seinen Sturz. Wir folgen ihm auf der Leinwand, von der herunter er die schlauesten und besten seiner Klassen gezeichnet hat. Wir ziehen mit dem Glücklichsten in sein neues Heim, wir erkennen den ersten Zustand seiner Gesundheit, deren Seelen-erhellung auf dem Krankenlager Hansch mit unerschütterlicher Geduld zu schildern weiß. Von dramatischer Dichte ist die Darstellung des Aufstieges und der Ausbreitung. Und da wir am Ende mit Bazarus am Rande der Grube stehen, in die man sich verurteilt hat, da seine wenigen Freunde in der Stunde des größten Schmerzes und herber Not von ihm Abschied nehmen, haben wir nicht das Gefühl, daß ein Geschickener, ein Fortschrittler fortgeschritten, dessen große Zeit vorbei ist und der nun in dem Gemüth des Lesers untertaucht.

Wir wissen vielmehr: Bazarus wird geläutert und gehoben durch sein Geschick nun erst recht und mit noch größerer Klugheit und Erfahrung seiner Aufgabe obliegen und einen neuen noch größeren Wirkungseffekt finden. Der tapferste Arbeiter bleibt aufrecht und läßt sich nicht unterliegen. Viel Geld und Enttäuschungen bringt der Kampf über ihn, aber am letzten Ende ist er es, der triumphiert. Bazarus ist erschienen im Verlag der Wiener Volksbuchhandlung Wien VI. Gumpendorferstraße 18, und kostet broschiert 1.80, gebunden 2.00. Zu beziehen auch durch die Buchhandlung Volkswacht.

Malteszeitung 1914.

Der Verlag der Malteszeitung bietet uns, die Organisationen und Kampfbünde darauf hinzuweisen, daß die erste Auflage vergriffen ist. Ein Nachdruck ist bereits in der Presse. Bestellungen sind zu richten an die Buchhandlung Volkswacht, Danzig, Paradiesgasse 32.

Die diesjährige Malteszeitung ist ganz besonders prächtig ausgestattet; sowohl das Titelblatt als auch das große Vollbild zeigen charakteristische Arbeitergruppen und strahlen in eine Stimmung aus, die unserem Malteser wunderbar angepaßt ist. Der fertige Inhalt ist des Zeitgenossen durchaus würdig. Die Artikel von Ludwig Frank, Carl Ziegler und Hermann Wendt erschöpfen alles, was bei dieser Gelegenheit über das Malteser des Proletariats zu sagen ist. Und auch die Landarbeit kommen diesmal voll zu ihrem Recht in einem Artikel des Genossen Frank über „die Landarbeiter und der Sozialismus“. Den Reiz bildet eine Betrachtung der Genossen Grabnauer über Malen-Wälder-Kinder. So gestaltet sich die Malteszeitung nicht nur zu einer wertvollen Erinnerung an die Malteser 1914, sie bildet ein dauerndes Gedächtnis für jede Arbeiterfamilie.

Bereinskalender

Gesangsverein Sängerkreis. Sonntag, den 19. April, nachmittags 1½ Uhr Grabgelang, halbe Allee, Lutherkirchhof. Um rege Beteiligung wird erjucht.

Mittwoch den 22. April außerordentliche Übungsstunde, zu der alle Mitglieder erscheinen müssen.

Vorstand.

Geschäftliches

Der Preis ist da! Schon legt sich ein lichtgrüner Schleier über Feld und Flur. In Büschen und Bäumen sieht man junge, frische Triebe. Blanke Äste wölben sich aus der Erde hervor. Vorwärtige Wälder schwärmen in der herben Luft, und darüber blaut ein frühlingserwarteter Himmel. — Auch der Mensch freut in dieser Zeit eine Art Wiedergeburt. Lungen und Herz füllen sich mit neuer Kraft. Die geistige Lebensfähigkeit äußert sich u. a. in größerem Appetit. Da greift man gern zu den bewährten Maggi's Suppen, die so rasch und mühelos zu kochen sind. Eine wohlschmeckende, warme Suppe, selbst nahrhaft, bereitet zugleich den Magen wohltuend vor für die nachfolgende Kost. Sie ist deshalb die beste Grundlage jeder Mahlzeit.



Fahrräder

Sprechmaschinen gegen bar und auf Teilzahlung

Schallplatten

in großer Auswahl Reparaturen schnell und billig

Fahrräder von 60 bis 100 Mk.

A. Hein, Fahrrad-Handlung 27] Danzig, Breitgasse Nr. 113.

Wollwäsche

reinigt man am besten wie folgt: Man löst

Persil das selbsttätige Waschmittel

in stark handwarmem Wasser auf. Dann die Wäsche, ohne sie zu kochen, etwa ¼ Stunde in dieser Lauge schwenken, hierauf gut ausspülen und ausdrücken, nicht auswringen. Das Trocknen darf an nicht zu heißen Orten oder an direkter Sonne geschehen. Die Wolle bleibt locker, griffig und wird nicht filzig!

Überall erhältlich, niemals lose, nur in Original-Paketen.

HENKEL & Co., DÜSSELDORF. Auch Fabrikanten der beliebtesten

Henkel's Bleich-Soda.

[209]

Weit u. breit bestempfohlen

wird das

durch grosse

Billigkeit und

Reellität

beliebte

[212]

Konfektionshaus

W. Riese

Danzig

127 Breitgasse 127.

Moderne Anzüge von 18 Mk. an Paletots v. 20 Mk.

Berufskleidung

Arbeitsanzüge für Monteure, Schlosser, Dreher usw. Blaue Jacken u. Hosen, Drillich-Hosen, Nesselhemden, Leinenhemden eigener Anfertigung, daher bequemer Sitz

empfehlen

Ertmann & Perlewitz

Danzig, Holzmarkt Nr. 23, 25, 26

Barzahlung 4 Prozent Rabatt

[220]

Oskar Schützmann

Desillations und Likörfabrik

Tischlergasse Nr. 67

Großrum.

Betten,

Bettfedern, Dauen

Einschüttungen, eiserne

Wettgestelle

Bei Einkauf von Einschüttungen werden die alten Federn gratis

Abholung und Lieferung frei.

Hygienische Bettfedern-Reinigungs-Anstalt

Häckerstraße Nr. 63

an der Markthalle.

Telefon 2788.

[20]

Die Waffen nieder!

Der Herr v. Schützmann. Diese Broschüre ist in 100 Exemplaren zu beziehen. Preis 1.00 Mk. pro Exemplar. Buchhandel, Volkswacht.

Achtung!

Sozialdemokrat. Verein Danzig-Stadt.

Die zum Montag, den 20. April einberufene

Generalversammlung

muß umständehalber auf Dienstag den 21. April verlegt werden.

Die Parteileitung.

J. M. Gellin.

[210]

Arthur Dahlmann

Telef. 433

Danzig-Langfuhr

Telef. 43

Hauptgeschäft Hauptstraße 56.

Filiale Hauptstraße 27

Filiale Neuschottland 16—17.

on gros „Zur weissen Hand“ en detail

Mehl- und Fourage-Handlung

Lager sämtlicher Hülsenfrüchte, Graupen, Grützen, ferner sämtliche

Fettwaren, Marmeladen und Honig

Kartoffel

Hafen-Verkauf

Kartoffel

Achtung! Maler!

Höchste Provision

beim Einkauf von

Tapeten, Farben, Lacken, Pinseln usw.

[202]

A. Hahn, Poggenpuhl 35.

Telephon 1008.

Komm zu mir! Ich borge Dir!

Robert Schulz, Danzig

Schüsseldamm 56, 1 Treppe

Filialeleiter

der Firma Jonas & Co. G. m. b. H., Berlin

Gegründet 1849

Grosses Lager i. Geschenkartikeln, Musikinstrumenten jed. Art, Sprechmaschinen, photograph. Apparate, Haarschneidemaschinen, Rasierapparate u. Messern

100 000 Kunden

Uhren, Gold- und Silberwaren

auf Teilzahlung ohne Anzahlung, Monatsraten von 2.00 Mk. an,

bei Barzahlung 10% Rabatt

Kein Laden, 1. Etage

Nur Kachelbetriebe!

Echt garantiert reingekachelten

Schnupftabak

aus erstklassigen Kentuckyblättern empfiehlt die Schnupftabakkartei

Julius Gosda, Danzig

Rohr-Tabakhandlung,

Häckerstraße 5. II. P. Lestergasse Nähe der Markthalle.

[24]

Billige böhmische

Bettfedern!



10 Pfd.: neue, geschl. 8,—; besa. 10,—; weiss, daunen- weiche, geschl. 15,—; 20,—; schneeweiße 25,—, 30,—, 35,—. Herrsch. Ware 40,—. Spezialität: Ersatz für Daunen 45,—.

Neue, rote Betten

(groses Oberbett, Unterbett, 2 Kissen) à Gebett 30,—, 35,—, 40,—; zweischl. 40,—, 45,—, 50,—. Versand zollfrei per Nachnahme, von 8,— aufwärts franko. Umlauf oder Rücknahme franko gestattet, für Nichtpassendes zahle Geld retour. [25] Benedikt Sachsel, Lobes 320 bei Pilsen, Böhmen.

Geschlechts-

Haut- und Blasenleiden, Syphilis, nerv. Schwäche etc. in frühen und veralteten Fällen behandelt gründlich ohne Quecksilber u. Salvarsan, ohne Berufsberatung nach erprobtem Spezial- verfahren [30] Oskar's Heil-Anstalt, Danzig, Hundegasse 123. Täglich 10-1 und 5-8½ Uhr, Sonntags 10-1 Uhr.

Versuchen Sie meine beiden Spezialmarken Nr. 17 und 18, hervorragend im Aroma und Geschmack, à Stück 7 Pfennig.

J. Nölzel, Paradiesgasse 32, neben der Volkswacht. [219]

Gediegene ganz neue Möbel a. Wunsch gew. Kredit, e. eq. Plüschgarn., Schreibe-, Bücherschr., große u. kl. Spiegel, nußb. Büfett, Vertiko u. Kleiderschr., eleg. u. einf. Plüsch-, Stühle, Tische, Lebergerb., moderne Uhr, eleg. Herrenzimmer, Speise- u. Schlafzimmer, Bettgest., Klaviersessel u. a. m. Frauengasse 13, I. Tr. [10]

Jeder Genosse tauft

Solzpantoffel

aus der Fabrik Johannesgasse 14.

Freiwillig-Dehling sucht Ernst

Dautert, Elbing, Fischerstr. 12.

Freiwillig-Dehling, Elbing, Marienburgerdamm 1.

Holte meine Schuhmacherel den meriten Genossen bestens empfohlen. Frh. Robaczek, Jungferngasse 30.

Freiwillig-Dehling, Odra, Südstraße Nr. 6.

Neue Laube zu verkaufen Stadtgebiet 4.

Junge Leute Logis Tobiasgasse 19.

wurde erwidert: Wir geben zu, daß die Fraktion im Parlament mehr propagandistische Arbeit leisten sollte. Aber erstens gibt es nicht viele Philip Snowden und dann kann man nicht den vierten Teil der Parlamentarier zum Effektivbestand der Partei rechnen. Die ganze parlamentarische Arbeit fällt auf ein paar Schultern. Einige Leute tragen die ganze Last der parlamentarischen Arbeiten; sie haben nicht die Zeit, propagandistische Reden, die im Lande zünden würden, auszuarbeiten. Für diesen Zustand können die sieben Mann der unabhängigen Arbeiterpartei nicht verantwortlich gemacht werden. Es ist nicht wahr, daß die Politik der Arbeiterpartei die Unabhängige Arbeiterpartei am Wachstum hindert. In der Stadt, in der dies nach der Ansicht der Kritiker am ehesten zutreffen sollte, wächst und gedeiht die Partei. Die Kritik, die wir gehört haben, hat außerhalb der Partei ihren Ursprung. Den Konservativen liegt zweifelsohne daran, daß wir bei den nächsten Wahlen möglichst viele Kandidaten aufstellen, damit sie selbst möglichst viele Sitze gewinnen. Sie reden daher unseren Mitgliedern ein, daß sie von ihren Parlamentsmitgliedern verraten und an die Liberalen verkauft werden. Die Liberalen wiederum behaupten, die Partei sei zu unabhängig und mache nur die Geschäfte der Reaktion. Weshalb hören die Genossen nicht auf ihre eigenen Vertreter? Weshalb schenken sie ihnen nicht mehr Vertrauen? Die Politik im Parlament läßt sich nicht führen wie die Politik im Lande. Weshalb dies so ist, ist schwer zu erklären. Aber bei allem, was die Parlamentarier tun, lassen sie sich von den sozialistischen und den Interessen des sozialistisch-gewerkschaftlichen Bündnisses leiten. Unsere Partei geht nicht zurück; das haben die Nachwahlen und die letzten Gemeinderatswahlen im ganzen Lande bewiesen. — Ein Redner meinte, daß die Kritik der Partei von der katholischen Kirche ausgehe, die die britische wie die ausländischen Arbeiterparteien vernichten wolle. — Man hatte den Eindruck, daß die Debatte, die einem möglichen Bündnis mit den Liberalen den Todesstoß versetzt hat, ein neues Kapitel in der Geschichte der unabhängigen Arbeiterpartei eröffnet.

Der parlamentarische Bericht wurde einstimmig angenommen.

Danziger Nachrichten

Besondere Umstände machten es notwendig, die Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins Danzig-Stadt, die Montag den 20. April stattfinden sollte, auf Dienstag den 21. April zu verlegen. Wir bitten die Genossen, von der Änderung Kenntnis zu nehmen.

Witwen und Waisen.

Noch immer vertreten Männer und selbst auch Frauen die Ansicht, daß die Frauen nichts mit der Politik zu tun haben. In Wirklichkeit jedoch gibt es keine einzige politische Maßnahme, die nicht die Frau genau so viel berührt, wie den Mann. Die Wirtschaftslage der Volksmitglieder, ihre sozialen und rechtlichen Verhältnisse werden von der Politik beeinflusst und sind dauernd in steigendem Maße von ihr abhängig. Da, bei mancher Frage der Gesetzgebung ist die Frau noch mehr interessiert als der Mann. Greifen wir nur eine heraus: die des Arbeiterschutzes. Zu einem Riesenheer hat wirtschaftliche Not und bitterer Zwang die Zahl der gewerblich tätigen Frauen anwachsen lassen. Wie die Männer stellen sie dem Kapital nicht nur ihre Arbeitskraft, zur Verfügung, sie opfern wie jene auf dem Altar der Profitmacherei Gesundheit und Leben. Auf dem Schlachtfeld der Arbeit fallen auch Frauen. Tausende von ihnen erleiden Schaden an ihrem Körper, an inneren Organen. Diese Folge der Fabrikarbeit haben sie mit den Männern gemein. Furchtbar sind für die Frauen aber weiterhin noch die Folgen, die sie und ihre Kinder treffen, wenn die Gefahren der Berufsarbeit den Mann und Vater ins Grab reißen. Dann zieht nicht nur Trauer und Jammer, sondern auch bitteres Elend und Entbehrung in ihr Heim ein. Die Witwen- und Waisenrente bietet zu wenig, viel zu wenig zum Leben. Und sehr groß ist die Zahl der Frauen und Kinder, die Jahr für Jahr den Verlust des Familienhaupts betrauern müssen, dem ein Unfall bei der Arbeit das Leben nahm. Die Liste der Hinterbliebenen der von einem Unfall Getöteten aus dem Jahre 1912 weist die folgenden Ziffern auf: 6693 Witwen, 13947 Waisen sowie 323 Verwandte aufsteigende Linie. Insgesamt waren im Jahre 1912 als Hinterbliebene verunglückter Männer vorhanden:

92 115 Witwen und 113 310 Waisen.

Alle diese Hinterbliebenen haben natürlich ein starkes Interesse, einmal an dem Arbeiterschutz selbst und weiter auch an den Entschädigungen für die Opfer des Kapitals. Denn die Unterstützung der Hinterbliebenen sind jammervoll niedrig. Nach den von den Berufsgenossenschaften bezahlten Summen für ein ganzes Jahr kommen auf den Kopf folgende Rentenbeträge:

	Witwen	Waisen
bei den gewerblichen Berufsgenossenschaften	202 Mk.	183 Mk.
bei den landwirtschaftl. Berufsgenossenschaften	94 Mk.	75 Mk.
bei den kommunalen Aufsichtsbehörden	166 Mk.	155 Mk.
bei den staatlichen Aufsichtsbehörden	174 Mk.	154 Mk.

Mit solchen Riesensummen werden die Hinterbliebenen der in der Berufsarbeit umgekommenen Lohnknechte abgepeist. Das soll dann eine hervorragende Sozialpolitik sein! Mancher Dividendenschlucker verjubelt mehr in einem Tage, als die Witwen und Waisen der Reichtumschaffer ein ganzes Jahr an Unterstützung erhalten. Hier müßten die Frauen tatkräftig in die Politik eingreifen, damit diese traurigen Zustände menschenwürdigeren Platz machen.

Korruption.

Zu diesem Artikel sendet uns die Berlin-Anhaltische Maschinenbau-Aktien-Gesellschaft folgende Berichtigung:

Wir erhalten Kenntnis von Ihrem Artikel vom 7. ds. in Nr. 32 der Volkswacht, in welchem folgender Passus enthalten ist:

„Auch bei der Einführung der Fernzündung für die Straßenbeleuchtung bemühte sich die modern gerüstete Sachkenntnis des Herrn Stadtverordneten Dr. Lenz. Auch dafür kamen mehrere große Firmen in Frage. Schließlich siegte die von ihm empfohlene Berlin-Anhaltische Maschinenbau-A.G. Von dieser nahm Lenz dann bare 7000 Mark, geschrieben: siebentaufend Mark, ausdrücklich als Vermittlergebühr für die Zuwendung des Geschäftes.“

Auf Grund des § 11 des Pressegesetzes ersuchen wir um Aufnahme folgender Berichtigung in der nach Empfang dieses nächstfolgenden, für den Druck nicht bereits abgeschlossenen Nummer, und zwar in demselben Teile der Volkswacht und mit derselben Schrift, wie der Abdruck des zu berichtenden Artikels.

„In der Volkswacht vom 7. April befindet sich die Mitteilung, daß Herr Stadtverordneter Dr. Lenz von uns für die Auftragsvermittlung auf Fernzündung 7000 Mark, geschrieben: siebentaufend Mark, bar erhalten haben soll. Diese Behauptung ist in jeder Form unwahr, da wir Herrn Dr. Lenz weder kennen, noch jemals mit ihm irgend etwas zu tun gehabt haben.“

Berlin-Anhaltische Maschinenbau-Aktien-Gesellschaft.

R. Blum. ppa. H. Menzel.

Wir behalten uns vor, wegen der in dem Artikel enthaltenen schweren Beleidigung und den sich daraus ergebenden Schlussfolgerungen Strafantrag gegen den verantwortlichen Redakteur zu stellen.

Berlin-Anhaltische Maschinenbau-Aktien-Gesellschaft.

R. Blum. ppa. H. Menzel.

Wie die neuesten Nachrichten wissen wollen, hat der Verband Ostdeutscher Industrieller diese Zuschrift veranlaßt. Zu dem sachlichen Inhalt unseres Artikels werden wir uns noch zu äußern haben. Durch diese Berichtigung, die das Verhalten dieser Firma gewiß richtig schildert, wird jedoch an unsern Angaben nichts geändert.

Dr. Herrmann macht Neu und Leid.

In der Nummer der Danziger Zeitung, die unmittelbar nach unserer Volkswacht mit dem Leitartikel Danziger Freisinn erschien, veröffentlichte er folgende Erklärung:

Ich habe mich in der Tat in meiner Eigenschaft als Vorsitzender des Bildungsvereins, der dessen Interessen wahrzunehmen verpflichtet ist, seinerzeit um Aufhebung eines über das Lokal verhängten Militärverbotes bemüht, weil bei dessen Umbau der Wirt geschäftlichen Ruin erlitten hätte und davon auch der Verein selbst in schwere Mittelbeschaffungen gezogen worden wäre. Ich habe damals auch unter dem Drucke des Augenblicks auf Verlangen des verstorbenen Polizeikommissars Maurach, ebenso wie der Wirt, meinerseits als Vereinsvorsitzender einen Revers unterschrieben, daß ich, soweit mir ein Einfluß zustehe, ihn verwenden werde, um sozialdemokratische oder polnische Veranstaltungen im Bildungsvereinshause zu verhindern. Darauf erst erfolgte die Aufhebung des Militärverbots. Ich habe dann später in der Besorgnis, daß man für diese meine Handlung in der Eigenschaft des Vorsitzenden eines unpolitischen Vereins mich trotzdem als Politiker, als welcher ich selbstverständlich jede Saalabtreibung verwerfe, verantwortlich machen könne, das Polizeipräsidium um Rückgabe dieses Reverses ersucht, und diese Rückgabe mit nachfolgender Vernichtung des Reverses ist längst erfolgt; er besteht also nicht mehr.

Dr. Herrmann.

Stell' wir kurz fest, was uns die Herren Schmitz und Herrmann bisher erzählt:

1. Alles ist so lange gut, als der überwachende Polizeikommissar Maurach bei dem Wirt ein offenes Portemonnaie findet.
2. Als das nicht mehr geschieht, erfolgt die Verhängung des Militärverbots.
3. Dieser Boykott ist durch die Polizei veranlaßt, denn als auf der Polizei der Revers unterschrieben ist, wird der Boykott aufgehoben.
4. Ein führender freisinniger Politiker kriecht vor einem Polizeikommissar zu Kreuze.
5. Dr. Herrmann verurteilt „als Politiker“ die Saalabtreiberei.
6. Dr. Herrmann verbietet dem Wirt, Sozialdemokraten, Polen und Konservativen den Saal zu geben.
7. Herr Herrmann „berichtigt“, es sei nicht wahr, daß der Saal verweigert werde.
8. Herr Herrmann gibt zu, mit der Polizei ein Teufelschicksal gehabt zu haben, durch das die Sozialdemokraten unter ein Ausnahmegericht gestellt wurden.

So sieht der Danziger „Freisinn“ nach seinem eigenen Eingeständnis aus.

Jesuitische Verleumder.

„Wer da schimpft, hat unrecht“; mit dieser einsichtsvollen Spitzmarke beginnt das Westpreussische Volksblatt, das erst unlängst sogar den Goethebund mit „Missjaunde“ behandelte, am 15. April einen sehr duftigen Artikel. Er ist so „christlich“, daß selbst seine abgehartete Redaktion ihn durch die Kennzeichnung „wie uns geschrieben wurde“ von vornherein abgibt. In ihm wendet sich, wenn nicht alle Anzeichen trügen, der berühmte Zentrumsagitator Krause gegen die schreckliche Volkswacht, die keinem guten Christenmenschen die wohlverdiente Ruhe gönnt, und den Bezirksleiter des freien Verbandes der Staats- und Gemeindearbeiter, den Stadtverordneten Wessolowski in Königsberg.

Der ehrenwerte Verfasser übergeht vorsichtshalber die Feststellung in unserer Nr. 30, daß Krause den Genossen Wessolowski in der schwarzen Gemeindearbeiter-Versammlung am 1. April ziemlich unverblümt als „Lump“ beschimpfte, vollständig! Um die Beschimpfungen gegen W. fortsetzen zu können, behauptet der Schwarze mit echt jesuitischer Unverschämtheit ohne jeden Anhalt, daß Wessolowski unsere Artikel über die in Frage kommenden Versammlungen geschrieben habe. Dann behauptet er, daß Wessolowski die Unwahrheit gesagt habe, als er behauptete, daß Krause am 4. Januar eine besondere Versammlung der in seinem Verbändchen „organisierten“ Straßenreiniger veranstaltet habe, um sie am Besuch der allgemeinen Versammlung zu hindern.

Wir können es dem Genossen W. überlassen, sich hierzu zu äußern. Mit welcher Vorsicht die Behauptungen des

Krause darüber zu genießen sind, beweist die dreiste Unwahrheit seines Artikels, in dem rücksichtslos geschwänbelt wird, daß wir einzig diese Angabe des Krause als nichtswürdige Beschimpfung des Genossen W. und „uralte Zentrumslüge“ bezeichnet haben sollten! Diese christliche Wahrhaftigkeit, die den „Lump“ des Krause noch erheblich übertrifft, ist aber noch immer nicht die Krone des Artikels. Mit kaltem Blut deklamiert der würdige Christ:

„Also verehrte Volkswacht bezw. Herr Wessolowski, mit der uralten Zentrumslüge ist es nicht weit her, und die Wahrheitsliebe dem Gegner gegenüber hat Herr W., nach Kautskyschem Rezept, nicht beachtet. Herr W. als Neuheide darf ja auch nach dem Bittat des Herrn Kautsky dem Gegner gegenüber in der Versammlung und in der Volkswacht, ohne sich dabei Beweismittel zu machen, ruhig verleumden und mit bewußten Unwahrheiten operieren, getreu nach dem Grundsatz, wie er oben ausgeführt worden ist.“

Diesen „Grundsatz“ Kautskys stellt der ehrenwerte Moralist so „fest“:

„Was nun die uralten Zentrumslügen gegen den „Genossen“ Kautsky anbelangt, so stellen wir nochmals folgendes fest und empfehlen es Herrn W. zum eifrigen Studium. Kautsky schreibt: Die sozialen Tugenden, Hilfsbereitschaft, Opfermut, Wahrheitsliebe usw., gelten nur für die Genossen, nicht für das Mitglied einer anderen gesellschaftlichen Organisation.“ (Siehe „Kautsky, Ethik und materialistische Geschichtsauffassung“, Stuttgart 1906.)

So schamlos wagt das unsaubere Blatt und sein erbärmlicher Hintermann wider besseres Wissen die schwahe Beschuldigung zu wiederholen, daß Kautsky dem Gegner gegenüber die Unwahrhaftigkeit für erlaubt erklärt habe. Wegen dieser Infamie hat schon die Königsberger Volkszeitung mit dem jesuitischen Lügenblatt und seinem Winter so rücksichtslos abgerechnet, daß es schließlich Schweigen mußte. Trotzdem wiederholt es jetzt die alte Lüge!

Mit wie christlicher Stirn diese produziert wurde, beweist die Tatsache, daß der Artikelschreiber sogar die Stelle der Schrift Kautskys bezeichnet, in der er seine schwarzen Verleumder geißelt. Auf Seite 106 der von dem Jesuitenorgan genannten Schrift wendet sich Kautsky gerade gegen die ultramontanen Gismutier, die ohne Strupel eine wissenschaftliche Freistellung, die sich gar nicht auf die sozialdemokratische Partei und ihre Genossen bezieht, in eine moralische Verpöschung umfälschen.

Es ist aber gar kein Wunder, daß Zentrumsjesuiten an die Möglichkeit einer solchen Verpöschung zur Unwahrhaftigkeit glauben. Ihre eigene Moral, die wir gerade häufig genug geißeln mußten, zeigt, daß sie der Wahrheit fast niemals Pardon geben. Den jesuitischen Professor Lehmkuhl, der es ausdrücklich für zulässig erklärt, einen „anrüchigen“ Menschen unwahrer Dinge zu beschuldigen, haben wir bereits in der Nr. 31 wörtlich zitiert.

Man versteht das Westpreussische Volksblatt und seinen Krause noch viel besser, wenn man die folgenden heiligen Moralgrundsätze des Jesuitenprovinzials Chisaudono betrachtet; diese Leuchte seiner Kirche schreibt:

„Gute Eigenschaften eines bösen Schriftstellers dürfe man zwar nicht ableugnen, aber man dürfe sie totschweigen, denn die Ungläubigen hätten kein Recht darauf, daß man ihre guten Seiten lobe.“

Oder man betone nur die schlechten Seiten, damit niemand ihn zu lesen wage.

Gegenüber den arroganten Gegnern der Kirche geht keine Beschimpfung über das erlaubte Maß hinaus, wenn sie nur ihrem Zweck entspricht.“

Es ist eine sehr ehrenwerte Gesellschaft, die nach diesen Rezepten die Wahrheit und die Ehre anderer Menschen meißelt. Leute, die das, wie der giftschwarze Artikel beweist, meisterhaft fertig bringen, besitzen noch den traurigen Mut, sich grenzenlos über „sozialdemokratische Gotteslästerer“ zu entrüsten, wenn ungebildete Arbeiter in ungelinker Sprache einige törichte Äußerungen tun. Jesuitische Pharisäer!

Hierzu eine Bellage.



